



# Bericht der Bundes- geschäftsstelle

Anlage zum Bericht  
des Generalsekretärs

27. Bundesparteitag

25. - 27. März 1979 · Kiel





<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorwort	3
Bundesausschuß	5
Bundесvorstand	8
Präsidium	13
Kontaktgespräche des Präsidiums	19
Landesgeschäftsführerkonferenzen	20
Grundwerte und Sachpolitik	23
Dienstleistungen der Bundesgeschäftsstelle	46
1. Parteiarbeit	47
2. Innerparteiliche Information	53
3. Öffentlichkeitsarbeit	57
4. Wahlkampf	61
5. Pressearbeit	67
6. Medienpolitik	70
7. Auswärtige Beziehungen	73
8. Justitiar	77
9. Personalwesen	80
Anhang	83
Arbeit der Bundesfachausschüsse	84
Medienpolitische Konzeptionen und Veranstaltungen	102
Werbemittel, die im Berichtszeitraum von der Bundesgeschäftsstelle angeboten wurden	104
Taschenbücher	113
Auflagenhöhe der CDU-Telegramme	114
Wahlreisen und Veranstaltungen des Bundesvorsitzenden Dr. Kohl	115
Mitgliederstatistik	116



## Vorwort des Generalsekretärs für den Geschäftsbericht

Der Geschäftsbericht der Bundesgeschäftsstelle gibt eine Übersicht über die sachpolitische Arbeit und die Dienstleistungen des Konrad-Adenauer-Hauses. Im Berichtszeitraum seit 1977 hat die politische und organisatorische Leistungsfähigkeit der Bundesgeschäftsstelle weiter zugenommen. Dies wird belegt durch

- die Verabschiedung des ersten Grundsatzprogrammes der CDU auf dem Parteitag in Ludwigshafen im Oktober 1978
  
- die Erweiterung des Sachkompetenzvorsprungs gegenüber SPD und FDP
  
- die abgeschlossene Vorbereitung des Europawahlkampfes
  
- die weitere Verbesserung der Parteiorganisation

Im Unterschied zu den vorangegangenen Geschäftsberichten ist der Bericht so aufgebaut, daß nicht darüber berichtet wird, wer was wann getan hat, sondern was mit welchen Aktivitäten erreicht wurde. Es wird auf die bloße Auflistung von Maßnahmen, Anträgen, Beschlüssen und sonstigen Aktivitäten verzichtet. In einer Art "Leistungsbilanz" wird dem Bundesparteitag eine "Erfolgskontrolle" ermöglicht, indem verglichen wird, welche Erfolge mit den eingesetzten Mitteln in ausgewählten Bereichen erzielt wurden.

Den Mitarbeitern im Konrad-Adenauer-Haus ist für ihren großen Einsatz bei der Erfüllung dieser Aufgaben ebenso zu danken, wie den Mitgliedern und Verantwortlichen auf allen Ebenen der Partei für ihre gute Zusammenarbeit mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle.



Heiner Geißler



## Bundesausschuß

Der Bundesausschuß, der "kleine Parteitag der CDU" trat im Berichtszeitraum viermal zusammen:

Auf der Sitzung am 13.6.1977, an der auch der Vorsitzende der "Europäischen Volkspartei", der belgische Ministerpräsident Leo Tindemans teilnahm, befaßte sich der Bundesausschuß vor allem mit der Situation in Europa und mit Problemen der europäischen Direktwahl. Parteivorsitzender Dr. Helmut Kohl und Ministerpräsident Leo Tindemans bekräftigten den Willen der christlich-demokratischen Parteien Europas, in der Gemeinsamkeit und der Überzeugungskraft der Idee der christlichen Demokratie ihren Beitrag für den Aufbau eines freiheitlichen und demokratischen Europas zu leisten.

Die Delegierten des Bundesausschusses billigten grundsätzlich das vom Bundesvorstand vorgelegte Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung.

Am 28.11.1977 nahm der Parteivorsitzende zu aktuellen außen- und innenpolitischen Fragen Stellung. Er ging vor allem auf die Terroranschläge, die Entführung und Ermordung Hanns-Martin Schleyers und die Entführung der Lufthans-Maschine "Landshut", ein.

Dr. Kohl informierte den Bundesausschuß ferner über die Strategie der politischen Auseinandersetzung mit SPD und FDP während des Winterhalbjahres 1977/78.

Generalsekretär Dr. Heiner Geißler wies in seinem Bericht zur Parteiarbeit auf die von der CDU zu nahezu allen zentralen Fragen entwickelten sachlichen Alternativen hin. Er berichtete ferner über die Serie von Kongressen und Fachtagungen der CDU zu politisch relevanten Themen sowie über die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit der CDU mit befreundeten Parteien.

Der Bundesausschuß verabschiedete einstimmig das "Energiepolitische Programm der CDU".

Am 12.6.1978 zog Parteivorsitzender Dr. Helmut Kohl Bilanz über die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit der Bundestagswahl 1976. Generalsekretär Dr. Heiner Geißler berichtete über die Parteiarbeit und über die Vorbereitungen zur Europawahl.

Der Bundesausschuß beschloß einstimmig die Annahme

- des Programms "Sicherung der Zukunftschancen der Jugend" sowie
- der "Medienpolitischen Vorschläge der CDU".

Der Bundesausschuß, der "kleine Parteitag der CDU" trat am 11.12.1978 in Berlin zusammen. Er nahm die Berichte des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl zur politischen Lage und des Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler über die Vorbereitung der Europawahl zustimmend zur Kenntnis.

Der Bundesausschuß bekräftigte einstimmig die Notwendigkeit der Einheit von CDU und CSU, nachdem der Europakongreß der SPD gezeigt hat, daß die SPD den Sozialismus in die Bundesrepublik Deutschland über Europa einführen will. Die SPD führt die sozialistische Kampagne offener denn je. Die Union als die freiheitliche und soziale Alternative zur SPD und FDP erfüllt ihre Aufgabe, indem sie glaubwürdig, selbstbewußt und offen für die Probleme der Bürger eintritt und einig ist.

Der Parteivorsitzende entwickelte die Leitlinien für die zukünftige Parteiarbeit:

1. Die Sicherung der persönlichen Freiheit und individueller Entfaltungsmöglichkeiten gegenüber einer Tendenz zu immer mehr Regelung, Gleichmacherei und Bürokratie.
2. Die Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger zum Staat angesichts einer Entwicklung zu immer stärkerer sozialer Bevormundung des Bürgers bei gleichzeitigem Abbau der friedens- und ordnungsstiftenden Funktionen des Staates.

3. Die Sicherung einer lebenswerten und menschenwürdigen Zukunft - für alle - insbesondere aber für die junge Generation angesichts einer Politik der SPD/FDP, Gegenwartsprobleme auf Kosten der nachfolgenden Generation zu lösen, deren Zukunft auszuplündern und sie mit Schulden und unbewältigten Konflikten zu belasten.
4. Die Stärkung und Ermutigung der Familien und die Schaffung einer lebensfreundlichen sozialen Umwelt angesichts eines besorgniserregenden Rückgangs der Bevölkerung als Folge jahrelanger materieller Vernachlässigung und psychologischer Verunsicherung der Familien und einer Fehlentwicklung unserer sozialen Umwelt, in der Kälte, Distanz und Anonymität vor allem die immateriellen Qualitäten des menschlichen Zusammenlebens abgebaut haben.
5. Die Sicherung des Friedens in Freiheit und partnerschaftlicher Zusammenarbeit angesichts einer Entwicklung, bei der die nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland ohne politische Notwendigkeit und ohne moralische Rechtfertigung immer wieder als Preis einer Politik der Anpassung zum Opfer gebracht wurden.

Dr. von Weizsäcker und Dr. Narjes berichteten über die politische und wirtschaftliche Lage Berlins vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18.3.1979.

Eine EntschlieÙung zum "Internationalen Jahr des Kindes" unter dem Motto "Für eine kinderfreundliche Gesellschaft" wurde einstimmig verabschiedet. Dem war ein Referat des Präsidenten des Deutschen Kinderschutzbundes, Prof. Dr. Kurt Nitsch, vorausgegangen.

## Bundesvorstand

Der Bundesvorstand tagte im Berichtszeitraum zwanzigmal. Zu 11 Sitzungen waren auch die Ministerpräsidenten der CDU-regierten Länder, die Vorsitzenden der Landesverbände und die Bundesvorsitzenden der Vereinigungen eingeladen (erweiterter Bundesvorstand).

Am 21.3.1977 befaßte sich der Bundesvorstand in Anwesenheit der Ministerpräsidenten und der Innen- und Justizminister der CDU-regierten Länder mit den Abhöraktionen Traube/Stammheim und Fragen der Inneren Sicherheit.

Außerdem wurde der Etat 1977 der Bundesgeschäftsstelle vom Bundesvorstand einstimmig beschlossen.

Auf der Bundesvorstandssitzung am 25.4.1977 (erweiterter Bundesvorstand) berichtete Dr. Kohl über die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland, die von einer tiefgreifenden Krise in der Regierungskoalition und Skandalen der SPD in Hessen, Berlin und München gekennzeichnet war.

Der Parteivorsitzende informierte den Bundesvorstand ferner über die politische Entwicklung in Europa im Hinblick auf die Europawahl und erläuterte Aufgaben und Ziele der "Europäischen Volkspartei" (EVP) und der "Europäischen Demokratischen Union" (EDU).

Der Bundesvorsitzende des RCDS berichtete über die zunehmende Radikalisierung an den Universitäten.

Am 6.6.1977 diskutierte der Bundesvorstand die politische Lage. Präsident Stingl informierte den Bundesvorstand über die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Der von Generalsekretär Dr. Geißler vorgelegte Entwurf des Programms der CDU zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung wurde vom Bundesvorstand an den Bundesausschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

Der Bundesvorstand verabschiedete einstimmig den Entwurf einer EntschlieÙung für Europa.

Im Vordergrund der Beratungen des Bundesvorstandes vom 12.9.1977 stand die Entführung von Hanns-Martin Schleyer und die Ermordung seiner Begleiter Reinhold Brentele, Helmut Ulmer und Roland Piler. Unter Zustimmung des Bundesvorstandes bekräftigte Dr. Kohl die Entschlossenheit der Union, den Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates zu bekämpfen und in eine offensive geistige Auseinandersetzung mit der "Sympathisantenszene" einzutreten.

Weitere Themen:

- Stand der Verhandlungen zum Europawahlgesetz
- Steuererleichterungen  
(Stellungnahme zum Steuerentlastungsgesetz)

Im Mittelpunkt des Berichtes des Parteivorsitzenden am 26.9.1977 stand die nunmehr seit 3 Wochen andauernde Entführung von Hanns-Martin Schleyer und deren Folgen für das politische Klima in der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundesvorstand beschloß, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen umfangreichen Katalog gesetzlicher und organisatorischer Maßnahmen zur wirksameren Bekämpfung des Terrorismus zu empfehlen.

Ferner wurde das weitere Verfahren zur Behandlung des Grundsatzprogrammwerfs der CDU beschlossen.

Am 7.11.1977 beschäftigte sich der Bundesvorstand mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, den steigenden Arbeitslosenzahlen und der Problematik der Rentenversicherung.

Im Hinblick auf die Entwicklungen an den Universitäten, Fach- und Berufsschulen kündigte der Parteivorsitzende zur Problematik der Zukunftschancen der jungen Generation die Erarbeitung eines Konzeptes und entsprechender Gesetzesvorschläge auf der Grundlage der Ergebnisse des CDU-Kongresses in Hamburg an.

Der Bundesvorstand beschäftigte sich ferner mit Fragen der Inneren Sicherheit sowie den Ermittlungen in der Strafanstalt Stammheim.

Ferner beschloß der Bundesvorstand, den Entwurf des "Energiepolitischen Programms der CDU" an den Bundesausschuß zur Beratung und Verabschiedung zu überweisen.

Schwerpunkthema der Bundesvorstandssitzung vom 27.2.1978 war der Regierungsentwurf zum Rentenanpassungsgesetz.

Der Bundesvorstand sprach sich dafür aus, daß die Union in ihrem Rentenkonzept koninulierlich an ihrer bisherigen Politik festhalten sollte. Das von ihr in den 50er Jahren geschaffene größte sozialpolitische Reformwerk der Nachkriegszeit dürfe nicht von der Bundesregierung zerstört werden.

Weitere Themen:

- Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA
- Europäische Zusammenarbeit
- KSZE-Nachfolgekonzferenz in Belgrad

In einem einstimmig verabschiedeten Aufruf unterstrich der Bundesvorstand die politische Bedeutung der vom 1.3. bis 31.5.1978 stattfindenden Betriebsrats- und Jugendvertreterwahlen.

Ferner beschloß der Bundesvorstand einstimmig, in allen CDU-Kreisverbänden Veranstaltungen zum 25. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 durchzuführen.

Am 10./11.3.1978 (erweiterter Bundesvorstand) fand auf einer Klausurtagung in Mayschoß/Ahr die Beratung des Grundsatzprogrammentwurfs der CDU statt.

Am 21.4.1978 (erweiterter Bundesvorstand) wurde die Beratung des Grundsatzprogrammentwurfs fortgesetzt.

Am 8.5.1978 beschloß der Bundesvorstand einstimmig den Entwurf des Grund-  
satzprogramms der CDU als Antrag an den nächsten Bundesparteitag.

Am 5.6.1978 beschäftigte sich der Bundesvorstand mit den Landtagswähler-  
gebnissen von Hamburg und Niedersachsen sowie mit der Vorbereitung der  
Europawahl. Der Vorschlag von Generalsekretär Dr. Geißler, zur Europawahl  
mit verbundenen Landeslisten anzutreten, wurde vom Bundesvorstand ein-  
stimmig gebilligt.

Die von Dr. Schwarz-Schilling vorgelegten "Medienpolitischen Vorschläge"  
wurden dem Bundesausschuß zur Verabschiedung empfohlen.

Am 12.9.1978 (erweiterter Bundesvorstand) nahm der Parteivorsitzende zu  
aktuellen außen- und innenpolitischen Fragen Stellung. Der Bundesvor-  
stand befaßte sich ferner mit der Vorbereitung des 26. Bundesparteitages.  
Für den Landtagswahlkampf in Hessen sicherte der Bundesvorstand dem  
Landesverband Hessen jede erdenkliche Unterstützung zu.

Der auf dem 25. Bundesparteitag 1977 von der Jungen Union gestellte An-  
trag zur Reform des öffentlichen Dienstes wurde vom Bundesvorstand mit  
den Empfehlungen des Bundesfachausschusses Innenpolitik einstimmig be-  
schlossen.

Der Bundesvorstand begrüßte die Kandidatur Dr. von Weizsäckers für das  
Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und dankte Peter Lorenz  
für die in Berlin geleistete Arbeit, die die CDU zur stärksten Partei  
in Berlin gemacht hat.

2.10.1978 - Erweiterter Bundesvorstand

Themen: - Politische Lage  
- Lage im Nahen Osten  
- Vorbereitung des 26. Bundesparteitages  
- Vorbereitung der Europawahl

- 9.10.1978 - Erweiterter Bundesvorstand  
 Themen: - Politische Lage nach der Landtagswahl Hessen  
 - Vorbereitung des 26. Bundesparteitages  
 - Vorbereitung der Europawahl
- 22.10.1978 - Erweiterter Bundesvorstand  
 Thema: - 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen
- 27.11.1978 -  
 Themen: - Nacharbeit 26. Bundesparteitag  
 - FDP-Parteitag in Mainz  
 - Extremistenbeschluß  
 - Jugendhilferecht  
 - Elterliches Sorgerecht  
 - Vorbereitung der Europawahl
- 11.1.1978 - Erweiterter Bundesvorstand  
 Thema: - Lage der Union
- 29.1.1978 - Erweiterter Bundesvorstand  
 Thema: - Vorbereitung Europawahl
- 11.2.1978 - Erweiterter Bundesvorstand  
 Themen: - Politische Lage  
 - Vorbereitung des 27. Bundesparteitages  
 Beschlußfassung über die Anträge des Bundesvorstandes und  
 den Aufruf zum Europawahlkampf  
 - Erledigung der Anträge des 26. Bundesparteitages

## Präsidium

Das Präsidium tagte im Berichtszeitraum siebenundzwanzigmal.

21.3.1977

- Themen:
- Abhöraktionen Traube/Stammheim
  - Gewalttätigkeiten des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) bei der Protestaktion gegen das Kernkraftwerk Grohnde
  - Ergebnis der französischen Kommunalwahlen vom 20.3.1977

22.4.1977

- Themen:
- Politische Entwicklung in Europa
  - Wahlsieg der Christlichen Volkspartei Christlich Soziale Partei in Belgien
  - Aufgaben und Ziele der EVP und der EDU
  - Arbeitsplanung 1977

2.5.1977

- Themen:
- Innere Sicherheit
  - Steuermaßnahmen der Bundesregierung
  - Arbeitsmarktpolitik
  - Beseitigung der Arbeitslosigkeit
  - Energiepolitik
  - Krankenhauskostendämpfungsgesetz
  - Neuwahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin
  - Schikanen der DDR-Führung gegen Ausreisewillige
  - Entwicklung in Hessen
  - Hearing "Zukunftschancen der jungen Generation"
  - Kongreß "Energie und Umwelt"

31.5.1977

- Themen:
- Europawahl
  - Zusammenarbeit zwischen der EVP und der EDU
  - Fragen der Kernenergie und des Umweltschutzes
  - Entwurf des Programms zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung

4. 7.1977

- Themen:
- Entwicklung in Italien und Spanien
  - Jugendarbeitslosigkeit
  - Energiepolitik
  - Innere Sicherheit

1. 9.1977

- Themen:
- Innenpolitische Lage
  - Bekämpfung des Terrorismus
  - Energiepolitik
  - Wirtschaftliche Entwicklung
  - Arbeitslosigkeit
  - Arbeitsplanung (Bundespartei/Bundestagsfraktion)
  - Auslandsarbeit der Partei
  - KBW-Verbotsantrag

3.10.1977

- Themen:
- Entwicklung im Nahen Osten
  - Entwicklung in Frankreich
  - Europawahlgesetz
  - Bekämpfung des Terrorismus
  - Steuer- u. energiepolitische Fragen

17.10.1977

- Themen:
- Entführung von Hanns-Martin Schleyer
  - Dokumentation (Zitatenauswahl) zum Thema "Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland"
  - Fachtagung über Ursachen, Ziele und Folgen des Terrorismus
  - Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Fragen
  - Steuerpolitik
  - Auslandsarbeit der Partei
  - Konzept der CDU zur Ausländerpolitik
  - Kongreß "Zukunftschancen der Jugend"
  - Gebührenerhöhung für Rundfunk und Fernsehen

7.11.1977

- Themen:
- Öffentliche Diskussionen zum Thema "4. Partei"
  - Parteienfinanzierung
  - Energiepolitisches Programm
  - EVP-Kongreß

21.11.1977

- Themen:
- Sadat-Besuch in Israel
  - KSZE-Folgekonferenz in Belgrad
  - Weißbuch über die menschrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa
  - Deutsch/polnisches Verhältnis
  - Wahlen in Griechenland
  - Entwicklungshilfepolitik
  - SPD-Parteitag in Hamburg
  - Energiepolitik
  - Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik
  - Arbeitslosigkeit
  - Steuerpolitik
  - Auseinandersetzung mit den geistigen und gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus
  - Medienpolitik
  - Deutsche Nationalstiftung

5.12.1977

- Themen:
- Situation in Spanien, Portugal und Griechenland
  - Zusammenarbeit zwischen der EVP und der EDU
  - Gespräch des Parteivorsitzenden mit dem israelischen Außenminister Moshe Dayan
  - Innenpolitische Lage
  - Wehrpflichtnovelle
  - EVP-Programm
  - Außenpolitische Aktivitäten und Finanzfragen im Bereich der EUCD

9.1.1977

- Themen:
- Politische Lage
  - Bekämpfung des Terrorismus
  - Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik
  - Rentenpolitik
  - Zukunftschancen der jungen Generation
  - Familienpolitik
  - Wehrpflichtnovelle
  - Spionagefall Lutze
  - Europawahl
  - Entwicklungen in der EDU und in der EVP
  - Entwicklungen im Nahen Osten
  - MBFR- und SALT-Verhandlungen
  - Beratungsergebnis der Strategie-Kommission
  - Kongreßplanung 1978

23.1.1978

- Themen:
- Entwicklungen im Nahen Osten, Italien und Frankreich
  - Finanzielle Lage der Rentenversicherung
  - Arbeitslosigkeit
  - Bekämpfung des Terrorismus
  - Versäumnisse der Bundesregierung in der Renten- und Wirtschaftspolitik und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
  - Poullain-Affäre
  - Volksbegehren gegen die Koop-Schule
  - Energiepolitik
  - Familienpolitik
  - Deutschland-Politik
  - Zusammenarbeit christlich-demokratischer Parteien in Europa

13.2.1978

- Themen:
- Kabinettsumbildung der Bundesregierung
  - Antiterrorgesetze
  - Rentenpolitik
  - Tarifrunde
  - Wischniewski-Besuch in Ost-Berlin
  - KSZE-Abschlußverhandlungen in Belgrad
  - CSU / 4. Partei
  - Verhältnis CDU/FDP
  - Bildungspolitik
  - Pilotprojekte für Kabelkommunikation

10.4.1978

- Themen:
- Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen
  - Dollarkrise
  - Nonproliferationsgesetz
  - Neutronenwaffe
  - Konsequenzen aus den Wahlen in Frankreich
  - Belebung des deutsch/französischen Verhältnisses
  - Handelsabkommen zwischen der EG und der Volksrepublik China
  - Europagipfel in Kopenhagen
  - Termin der 1. Direktwahl zum Europa-Parlament
  - Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik
  - Auswirkungen des tarifvertraglichen Kompromisses im Druckereibereich
  - Rentengesetzgebung
  - Antiterrorgesetze
  - SPD-Verleumdungskampagne gegen CDU/CSU
  - Bildungspolitik
  - Berufung eines Bundesbeauftragten für politische Bildung

8. 5.1978

- Themen:
- Gespräch des Parteivorsitzenden mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid J. Breschnew
  - Ergebnisse des Breschnew-Besuchs in der Bundesrepublik

22.5.1978

- Themen:
- Innenpolitische Lage
  - Innere Sicherheit
  - Versäumnisse bei der Schleyer-Fahndung
  - Wahlkampfsituation in Hamburg
  - Wahlkampfsituation in Niedersachsen
  - Koalitionsangebot der hessischen CDU an die FDP
  - Situation in Nordrhein-Westfalen
  - Vorbereitung der Europawahl
  - Programm "Sicherung der Zukunftschancen der Jugend"

19.6.1978

- Themen:
- Vorbereitung des Landtagswahlkampfes Hessen
  - Reform des öffentlichen Dienstes
  - Grundsätze zur Besteuerung der Land- u. Forstwirtschaft

14.8.1978

- Themen:
- USA-Reise des Parteivorsitzenden
  - Vorbereitung des Landtagswahlkampfes in Hessen
  - Bonner Weltwirtschaftsgipfel
  - Steuer- und Konjunkturprogramm der Bundesregierung

4.9.1978

- Themen:
- Politische Lage
  - Gesundheitspolitisches Programm der CDU
  - Vorbereitung des 26. Bundesparteitages
  - Vorbereitung der Europawahl

16.10.1978

- Themen:
- Politische Lage
  - Extremistenbeschluß
  - Vorbereitung des 26. Bundesparteitages
  - Vorbereitung der Europawahl

22.10.1978 - 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen

6.11.1978

- Themen:
- Treffen der Christlich Demokratischen Weltunion (Cadenabbia)
  - Extremistenbeschluß
  - Ablauf der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen und Mord
  - Vorbereitung der Europawahl

11.12.1978 (Berlin)

- Themen:
- Energiepolitik
  - Parteienfinanzierung
  - 27. Bundesparteitag in Kiel

11.1.1979

- Themen:
- Lage der Union
  - Neuordnung der Fraktionsarbeit

22.1.1979

- Themen:
- Lage der Union
  - Stellungnahme zum Extremistenbeschluß
  - Vorbereitung der Europawahl

12.2.1979

- Themen:
- Politische Lage
  - Vorbereitung des 27. Bundesparteitages

Kontaktgespräche des Präsidium bzw.  
einzelner Mitglieder des Präsidiums:

14. 3.1977	D A G
15. 6.1977	D G B
24. 6.1977	Bund der Berliner
28. 6.1977	Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger
24. 8.1977	Deutscher Beamtenbund
5.10.1977	Gewerkschaft der Polizei
10.11.1977	Bundesvereinigung Katholischer Männer- gemeinschaften und Männerwerke
19.12.1977	Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands
23. 1.1978	Bund Deutscher Kriminalbeamter
15. 3.1978	Deutscher Sportbund
11. 4.1978	Deutsche Bischofskonferenz
8. 5.1978	Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands
12. 6.1978	Westdeutsche Rektorenkonferenz
13. 6.1978	Deutscher Bauernverband
4. 7.1978	Repräsentanten der Wirtschaft
28. 8.1978	Katholische Arbeitnehmer-Bewegung
6.11.1978	D A G
27.11.1978	Repräsentanten des Leistungssports
14.12.1978	Zentralkomitee der deutschen Katholiken

## Landesgeschäftsführerkonferenzen

Die Landesgeschäftsführerkonferenz tagte im Berichtszeitraum zwölfmal.

Auf der LGFK am 27.4.1977 berichtete Generalsekretär Dr. Heiner Geißler über die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland und über die politischen Entwicklungen in Europa. Er erläuterte ferner Aufgaben und Ziele der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Europäischen Demokratischen Union (EDU).

Weitere Themen:

- Arbeitsplanung
- Neumitglieder-Untersuchung des SFK
- Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 2.3.1977 über die Organklage der CDU gegen die Bundesregierung

Am 14.6.1977 befaßte sich die LGFK mit der Vorbereitung der Europawahl (zuzüglich Geschäftsführer und Vereinigungen).

Am 20.9.1977 diskutierte die LGFK Erfahrungen mit den im gesamten Bundesgebiet eingerichteten Dienstleistungszentren und deren angeschlossenen Kreisverbänden.

Weitere Themen:

- Patenschaften mit Parteiorganisationen in Spanien und Portugal
- Zusammenarbeit CDU / DC

Am 9.11.1977 verständigten sich die Landesgeschäftsführer über flankierende Maßnahmen der Bundespartei zu den bevorstehenden Landtagswahlkämpfen.

Am 14.12.1977 wurden Maßnahmen zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen 1978 zwischen den Sozialausschüssen, der Bundespartei und den Landesverbänden vereinbart.

- Weitere Themen:
- Medienbeobachtung
  - Lage an den Hochschulen

Themen der LGFK vom 14.2.1978:

- Arbeit der KPV
- Arbeit der Schüler-Union
- Parteienpartnerschaften mit dem Ausland
- Analyse der SPD-Landesparteitage 1977
- 25. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953

An den Beratungen der LGFK vom 14.2.1978 nahmen auch die Geschäftsführer der Vereinigungen teil.

Auf den Landesgeschäftsführerkonferenzen vom 12.4.1978 und 12.6.1978 stand die Vorbereitung der Europawahl im Vordergrund der Beratungen.

Am 12.6.1978 berichtete der Medienpolitische Sprecher der CDU, Dr.Christian Schwarz-Schilling, über die Situation im Medienbereich und erläuterte die auf Landesebene notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung der Medienarbeit der Partei.

Am 10.10.1978 fand eine gemeinsame Sitzung der Landesgeschäftsführer, der Geschäftsführer der Vereinigungen und der Europawahlbeauftragten der CDU/CSU statt, in deren Mittelpunkt Berichte von EUCD-Präsident Kai-Uwe von Hassel und Generalsekretär Dr. Heiner Geißler über die europapolitische Situation und die Vorbereitung der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament standen.

7.11.1978

- Themen:
- Finanzierung des Europawahlkampfes
  - Gesamtplanung der Öffentlichkeitsarbeit für die Europawahl

11.12.1978 (unter Teilnahme der Geschäftsführer der Vereinigungen)

Themen: - Vorbereitung des Europawahlkampfes  
- Vorbereitung des 27. Bundesparteitages in Kiel

16.1.1979 (unter Teilnahme der Geschäftsführer der Vereinigungen)

Themen: - Vorbereitung des Europawahlkampfes  
- Vorbereitung des 27. Bundesparteitages in Kiel

25.1.1979

Themen: - Vorstellung der werblichen Europa-Wahlkampfmaßnahmen

## GRUNDWERTE UND SACHPOLITIK

An dieser Stelle ist über einen Zeitraum zu berichten, der die beiden letzten Jahre (seit März 1977) umfaßt. In dieser Zeit hat die CDU u.a. erreicht:

- das erste Grundsatzprogramm in ihrer Geschichte wurde im Oktober 1978 auf dem 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen verabschiedet.
- in allen wichtigen Sachfragen steht die CDU heute mit einer überzeugenden Lösungsalternative vor dem Bürger.

Die Demoskopie mit ihren wissenschaftlich aufgefällten Methoden beschreibt, welche Themenfelder von den Wählern der Bundesrepublik als wichtig angesehen werden.

Sie gibt Auskunft, was die CDU mit ihrer Politik erreicht hat, wo die bundesrepublikanischen Wähler die Leistungsschwerpunkte der CDU sehen. Dabei sollte man sich über eins im klaren sein: Es ist unmöglich, daß eine Partei - wie gut auch immer sie sein mag - auf allen Gebieten, in allen Sätteln die beste ist.

Doch nun zu den einzelnen Teilen des Berichts:

- Im Teil "Grundwerte" wird u.a. aufgezeigt, wie das Grundsatzprogramm der CDU zu beurteilen ist, welche politische und strategische Bedeutung ihm zukommt.

- Der Teil "Sachpolitik" berichtet über ausgewählte Themenfelder der Politik und über die dort eingesetzten Mittel und über die damit erzielten Erfolge. Hierbei ist so vorgegangen worden, daß die einzelnen Themenbereiche in der Abfolge ihres Platzes auf der Prioritätenskala der Bevölkerung abgehandelt wurden.

Die CDU ist, wie die weiteren Ausführungen noch belegen werden, programmatisch und sachpolitisch für die kommenden Wahlen gerüstet.

#### GRUNDWERTE

Das Grundsatzprogramm ist das Dokument der grundlegenden geistigen Erneuerung der CDU in der Opposition. Es formuliert die Grundüberzeugungen und die Perspektive christlich demokratischer Politik auf verbindliche und damit für Mitglieder wie Öffentlichkeit nachprüfbarer Weise. Es bezeichnet, weshalb Menschen unterschiedlicher Interessen sich zu einer Volkspartei zusammenschließen.

Die wissenschaftlich übliche Betrachtungsweise, eine Volkspartei daran zu messen, ob ihre Mitgliederstatistik die soziologische Struktur der Bevölkerung wiedergibt, ist unzureichend. Denn sie sagt nichts darüber aus, was eine Volkspartei zusammenhält. Die Qualität einer Volkspartei ergibt sich also nicht in erster Linie aus der Zusammensetzung ihrer Mitglieder oder Wählerschaft, so wichtig diese auch sein mag. Zentral ist die Perspektive einer Partei: die Politik, die sie formuliert und durchsetzt. Erst diese macht sie zur Volkspartei.

Durch das Grundsatzprogramm wird aber noch eine andere Tatsache - die sehr eng mit dem Konzept der Volkspartei verbunden ist - betont: Die Fähigkeit der CDU, alle Felder der Politik zu besetzen und nicht nur in bestimmten -gewissen Gruppeninteressen entsprechenden- Bereichen aktiv zu werden.

Die Volkspartei CDU verpflichtet Menschen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und Interessen auf gemeinsame, im Wege des Kompromisses festgelegte Ziele und damit kommt ihr eine grundsätzliche Bedeutung für den Bestand und die Weiterentwicklung einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung zu.

Die Notwendigkeit bzw. die Fähigkeit einer oppositionellen Volkspartei auf weiten Feldern der Politik konsensbildende Alternativen zu schaffen hat darüber hinaus eine immense strategische Bedeutung.

### Kurz-Chronologie

Erster Höhepunkt einer langjährigen, intensiven Grundsatzdiskussion in der CDU war das Grundsatzforum vom 22. bis 24. September 1977 in Berlin. Die zweite Diskussionsrunde wurde eingeläutet, als der Bundesvorstand am 8. Mai 1978 seinen Entwurf - der die bis dahin diskutierten Punkte berücksichtigte - als Antragsgrundlage für den 26. Bundesparteitag verabschiedete. Zu diesem Entwurf mußten am Tage nach Antragsschluß (25.9.78) rd. 3.300 Anträge - von Landes- und Kreisverbänden sowie von den Bundesvereinigungen der CDU - synoptisch geordnet und eine 512 Seiten starke Antragsbroschüre hergestellt werden. In Ludwigshafen verabschiedeten die Delegierten des 26. Bundesparteitages der CDU nach einer - wie alle Beobachter hervorhoben - intensiven, von einem hohen Niveau gekennzeichneten Diskussion das Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Die Resonanz der deutschen Öffentlichkeit auf die Beschlüsse von Ludwigshafen war sehr groß: Immerhin 43 % aller Bundesbürger und gar 68 % der politisch Interessierten haben die Vorgänge auf dem 26. Bundesparteitag der CDU verfolgt (Allensbach).

## SACHPOLITIK

### Allgemeine Bemerkungen zum Leistungsprofil der CDU

Ein ausgeprägtes Leistungsprofil ist für eine Partei wesentliche Voraussetzung für gute Wahlergebnisse auf Landes- bzw. Bundesebene. Denn: die Bindungen eines Wählers an eine Partei lockern bzw. lösen sich dann, wenn die Gewißheit - oder auch nur die Vermutung - besteht, daß eine andere als die eigene Partei besser in der Lage ist, wichtige politische Aufgaben zu bewältigen.

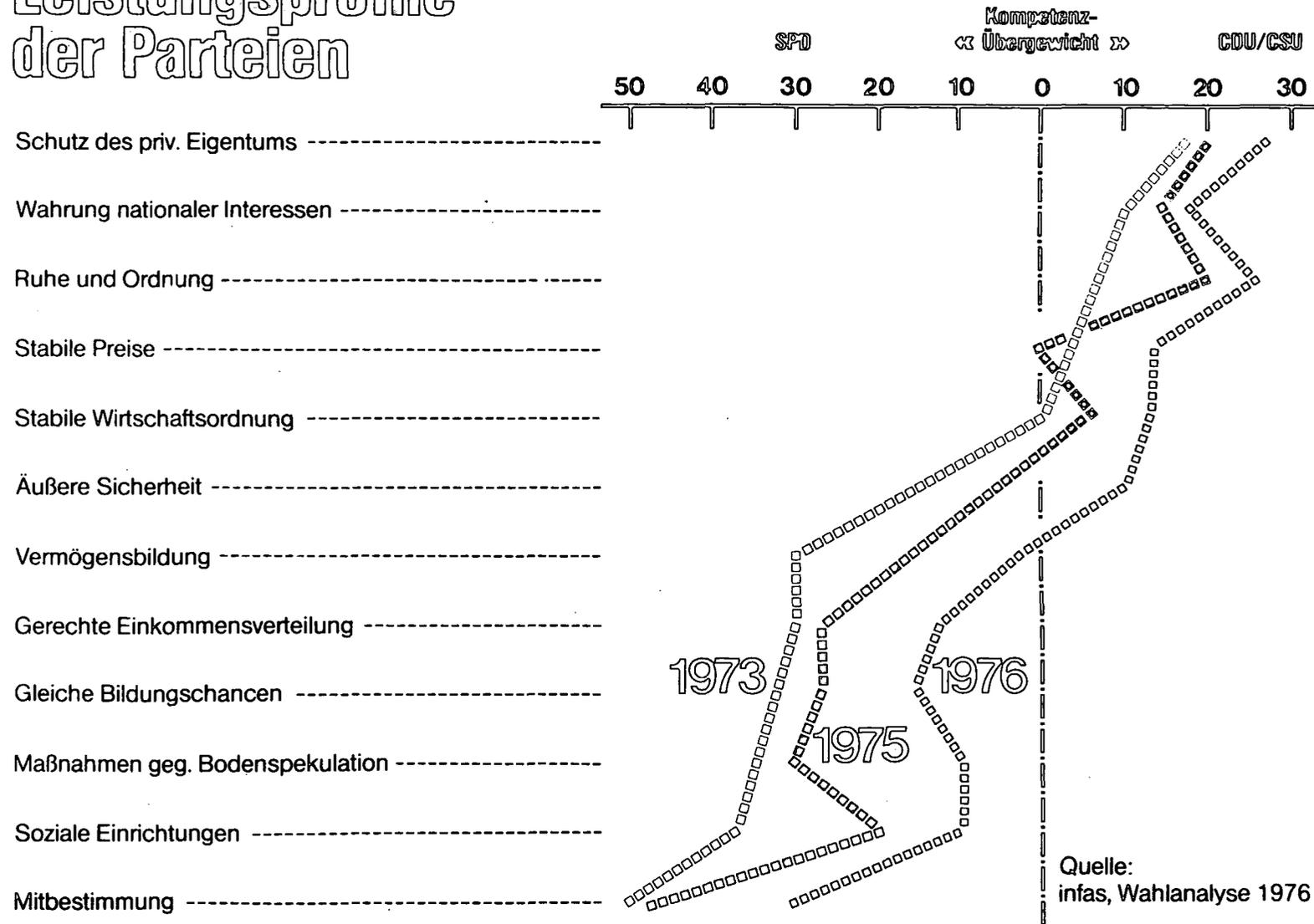
Betrachtet man die letzten zehn Jahre, dann wird der Zusammenhang zwischen Lösungskompetenz und Wahlerfolgen der Union deutlich.

Als die Union 1969 erstmals nach 20-jähriger Regierungszeit die Rolle der parlamentarischen Opposition übernehmen mußte, hatte sich ihr Kompetenzprofil deutlich abgeflacht und ging bis 1972, als die SPD erstmals stärkste Partei wurde, noch zurück.

In den damals als wichtig empfundenen Bereichen - Wechselkurse, Innere Reformen, Ostpolitik - wurde die SPD/FDP-Koalition eindeutig kompetenter angesehen als die Unionsparteien. Den Niederschlag fand diese Tatsache in den Wahlchancen der Parteien, gemessen an den in demoskopischen Interviews erhobenen Wahlabsichten.

Als Helmut Kohl 1973 den Vorsitz der CDU übernahm, stabilisierte sich das Leistungsprofil der Union und mit einem Ergebnis von 47 % in den Umfragen des Jahres 1973 konnte erstmals seit 1969 eine spürbare Chancenverbesserung festgestellt werden. Nach 1973 wandelten sich die Prioritäten, die Lösungskompetenz der Union nahm in allen Bereichen zu. Die Kurve, die das Kompetenzprofil ausweist, wanderte von 1973 auf 1975 ein gutes Stück in Richtung höheres CDU-Gewicht. Noch stärker war die Verbesserung zwischen 1975 und 1976.

# Leistungsprofile der Parteien



Mit der Sachkompetenz stiegen mit einer zeitlichen Verzögerung die Präferenzen für die Union: 1975 und 1976 erzielten CDU/CSU in den Umfragen durchschnittlich zwischen 48 und 50%.

In den Jahren 1977 und 1978 konnte die Union durch ihre klare Sachpolitik weiter an Boden gewinnen. Sie konnte, wie im folgenden im einzelnen dargelegt, zum Teil vorher kaum für möglich gehaltene Kompetenzdurchbrüche erzielen.

Besonders deutlich zeigte sich der Vertrauenszuwachs in die Lösungskompetenz der CDU bei den vordringlichsten Problemen unserer Zeit.

Allgemein schneidet die Union 18 von 29 politischen Bereichen im Oktober 1978 besser ab als die SPD: Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland gehen zunehmend davon aus, daß die CDU/CSU eher in der Lage ist, sie von den anstehenden gravierenden Problemen zu befreien.

Wie es in den einzelnen Sachgebieten aussieht und welche Aktivitäten zum Kompetenzübergewicht der Union beigetragen haben, ist weiter unten dargestellt. Dabei sei hier schon erwähnt, daß sich das bisherige Konzept der Problemaufbereitung

- Erarbeitung einer Dokumentation
- Durchführung eines Kongresses
- Auswertung der Ergebnisse des Kongresses
- Politische Willensbildung und Erarbeitung einer Konzeption der CDU

voll bewährt hat.

Aber es sind ja nicht nur die Sachkompetenzen der Partei, die den Wähler bei seiner Entscheidung beeinflussen.

Sachkompetenzen untermauern die Präferenzen, können auch - wie eingangs erwähnt - zum Präferenzwechsel führen. Das alles wird aber überlagert vom gesamten Erscheinungsbild der Partei: Ist eine Partei zerstritten, mindert das die Chancen, die ein positives Kompetenzprofil eröffnet.

Die demoskopischen Umfragen, mit denen regelmäßig das politische Klima in der Bundesrepublik ausgelotet wird, zeigen das deutlich: Die Wähler schätzen Parteien, die sich den Sachfragen in offener Diskussion stellen, aber sie reagieren sensibel auf Anzeichen mangelnder Solidarität in den Parteien. In der Öffentlichkeit stattfindende Diskussionen über Parteiinterna schaden dem Image und damit den Wahlchancen einer Partei: Die Wähler bzw. jenes Drittel der Wähler, die nicht durch sozialstrukturelle oder andere Bindungen im Wahlverhalten festgelegt sind, reagieren sehr schnell auf derartige, das Image schädigende Verhaltensweisen.

Auch der Union helfen die besten Alternativen sowie Sach- und Personal-kompetenzen wenig, wenn sie sich nach außen uneinig und in einer ständigen Führungsdiskussion befangen präsentiert.

### Vollbeschäftigung

In den Augen der Bundesbürger ist die Vollbeschäftigung bzw. die Beseitigung der jahrelangen Massenarbeitslosigkeit das wichtigste Problem überhaupt. 81 % der Bürger in der Bundesrepublik verlangen mit Nachdruck, daß hier etwas geschieht (Allensbach). Im Oktober 1978 sehen 38 % der Bundesbürger, und immerhin noch 26 % der SPD-Anhänger, die CDU/CSU als die Partei, die auf dem Gebiet der Vollbeschäftigung ihre Sache "gut macht".

Damit wurde von der Union ein Kompetenzvorsprung von 3 Prozentpunkten erarbeitet, der umso mehr wiegt, als 1972 die SPD noch mit 13 Punkten vor den Unionsparteien lag.

Was hat zu dieser Entwicklung beigetragen?

Im Berichtszeitraum u.a. das Vollbeschäftigungsprogramm der CDU, das nach intensiver Vorbereitung am 13.7.1977 vom Bundesausschuß grundsätzlich gebilligt wurde. Wachstumsförderung ist das Schwergewicht des Programms. Daneben sind "flankierende" Maßnahmen, wie Erziehungsgeld, Berufsgrundbildungsjahr und die befristete Erweiterung der flexiblen Altersgrenze, vorgesehen. Im Bundestag und im Bundesrat hat die Union wichtige steuerliche Teile des Programms umgesetzt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit ihrem Gesetzentwurf zur Herabsetzung der flexiblen Altergrenze für Schwerbeschädigte von 62 auf 60 Jahre erfolgreich eine weitere Initiative zur Verwirklichung des Programms ergriffen. In einem Programm zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzangebotes und zur Verbreitung der Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Berufsgrundbildungsjahr gefordert. In den CDU-geführten Bundesländern wurden entsprechende Maßnahmen ergriffen.

Das Vollbeschäftigungsprogramm der CDU ist bürgernah. So will - in Übereinstimmung mit dem Programm - die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung (67 %), daß die Arbeitslosigkeit mit marktwirtschaftlichen Mitteln bekämpft wird (Emnid März 1978). Interessant ist dabei, daß auch die sogenannten flankierenden Maßnahmen des Programms auf breite Zustimmung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber stoßen. So liegt die Forderung nach Senkung des Rentenalters an vorderer Stelle der Rangliste. Nicht nur 68 % der Gesamtbevölkerung sind mit dieser Maßnahme einverstanden, sondern auch die Arbeitgeber würden diese Maßnahme mehrheitlich (57 %) begrüßen. Mit der Forderung nach Einführung eines Erziehungsgeldes als Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit waren 61 % der gesamten Bevölkerung und gut die Hälfte (53 %) der Arbeitgeber einverstanden (Allensbach, März 1978).

### Innere Sicherheit

Das Problemfeld mit der zweithöchsten Priorität ist die Innere Sicherheit. 78 % der Bundesbürger stufen es als "besonders wichtig" ein.

Und was besonders zählt:

Auf dem gesamten Feld der Inneren Sicherheit ist der vorübergehende Schein von Kompetenz, der die SPD nach den Ereignissen von Mogadischu umgab, wieder verblaßt: Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, daß die CDU/CSU auch auf diesem Gebiet deutlich besser ist als die SPD.

Bei der Bekämpfung des Terrorismus beträgt der Vorsprung 10 Prozentpunkte und bei der Verbrechensbekämpfung 16 Punkte. Das bedeutet gegenüber Dezember 1977 noch einmal eine deutliche Steigerung. Die Leistungen der CDU auf diesem Gebiet können sich mithin sehen lassen.

So hat die CDU am 27.7.1977 der Öffentlichkeit die "Thesen der CDU für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland" vorgestellt. Damit hatte die CDU als erste Partei ein umfassendes Konzept zur Inneren Sicherheit.

Der Bundesvorstand der Partei erarbeitete dann am 26.9.1977 Vorschläge für gesetzgeberische Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Oktober 1977 in die parlamentarische Beratung einbrachte. Ein weiterer Meilenstein war der Kongreß der Bundespartei unter dem Thema "Der Weg in die Gewalt", der am 29. und 30.11.1977 in Bonn veranstaltet wurde. Dieser Kongreß befaßte sich wissenschaftlich mit den geistigen und gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus. Er fand eine große Resonanz in der Öffentlichkeit, die auch die Publizierung der Ergebnisse in Buchform positiv aufnahm.

In den letzten Monaten hat die Abkehr der SPD und FDP von dem Grundsatz der wehrhaften Demokratie die öffentliche Diskussion bewegt. Die CDU hat auf ihrem letzten Bundesparteitag im Herbst 1978 in Ludwigshafen die Bundesregierung und die SPD/FDP-geführten Länder aufgefordert, die geltenden Gesetze bei der Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst einzuhalten. Die CDU hat in einem Beschluß noch einmal ihre klare Haltung zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst deutlich gemacht.

Zur Argumentation für die Parteimitglieder hat die Bundesgeschäftsstelle verschiedene Hilfen erstellt. Unter anderem ist allen Kreisparteien der

Text für ein Flugblatt in dieser Frage zur Verfügung gestellt worden. Die politischen und rechtlichen Argumente, die gegen die Haltung der Bundesregierung und die SPD und FDP in der Extremistenfrage sprechen, sind von der Bundesgeschäftsstelle in einer Broschüre in der Reihe "Zum Thema", in einer UiD-Dokumentation und in einer Argumentationskarte für die Parteimitglieder zusammengefaßt worden.

Angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus werden Fragen der Inneren Sicherheit im bevorstehenden Europa-Wahlkampf eine große Rolle spielen. In einem Papier zur Inneren Sicherheit in der europäischen Gemeinschaft schlägt der Bundesfachausschuß Innenpolitik eine Reihe von konkreten Maßnahmen zur besseren Bekämpfung des Terrorismus vor.

### Rentenpolitik

Bei der Rentensicherung, mit 75 % ebenfalls ein Thema sehr hoch auf der Rangskala der Deutschen, lag die SPD lange Zeit in der Sachkompetenz vor der Union. Es war schon fast Tradition, daß die SPD bei solch sozialpolitischen Themen einen Vorsprung besaß. Heute aber ist es anders: Die Aufdeckung des Rentenbetrugs durch die CDU/CSU nach der Bundestagswahl 1976 und die bis heute geleistete Sacharbeit führten einen Meinungswandel in der Bevölkerung herbei. Heute liegen die Unionsparteien in der Lösungskompetenz auf diesem Gebiet weit vor der SPD: 40 % vertrauen in dieser Frage der CDU/CSU, aber nur 29 % der SPD. Mithin ist heute ein Kompetenzübergewicht von 11 Prozentpunkten zu konstatieren. Besonders Bürger im Rentenalter schenken ihr Vertrauen der Union. Das kommt nicht von ungefähr. Es ist der CDU gelungen, ihre klaren Alternativen dem Bürger zu verdeutlichen.

Verschiedene Studien der Hauptabteilung Politik haben maßgeblich dazu beigetragen, daß politische Aussagen im Bereich der Rentenpolitik auf eine solide Basis gestellt werden konnten. Themen dieser Studien waren

u.a. die Rentenanpassungssysteme in Europa, Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf das System der sozialen Sicherung und die finanzielle Entwicklung der Rentenversicherungsträger.

Politisch offensiv wurde die Partei dann mit der Aktion "Sichere Renten - Gegen Wortbruch und Willkür". In einer Großkundgebung, die am 2. März 1978 in Bonn-Bad Godesberg stattfand, wurde der Protest gegen die Rentenpläne der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht. Dabei haben sich alle bedeutenden Sozialverbände einschließlich der Gewerkschaften in der Sache zur CDU bekannt. Eine zweite Kundgebung am 6. Juni 1978 in Bochum unterstrich diesen Protest noch einmal kraftvoll.

Es wurde nicht versäumt, auch 1979 auf den Rentenbetrug aufmerksam zu machen. Z.B. wurde zum Zeitpunkt als die Rentner den Rentenbetrug zum ersten Mal im eigenen Portemonnaie spürten, in einem Wochend-Telegramm an die Verantwortlichkeiten erinnert.

Die Arbeit und die Bemühungen der CDU um das Wohlergehen der älteren Mitbürger, der Senioren, sind damit nicht zu Ende.

Der 26. Bundesparteitag hat in Ludwigshafen beschlossen, sich der besonderen Anliegen älterer Mitbürger anzunehmen und die Voraussetzungen für eine institutionelle Integrierung in die Partei zu überprüfen. Damit wird ein weiterer zukunftsweisender Schritt, der die Einbindung der Älteren in die Volkspartei CDU stärkt, unternommen.

### Zukunftschancen der Jugend

68 % der Bundesbürger finden, daß die Zukunftschancen der Jugend, besonders die Jugendarbeitslosigkeit ein sehr wichtiges Thema ist.

Die Union konnte bis Ende 1978 einen Kompetenzvorsprung mit 26 % gegenüber 24 % für die SPD erreichen. Früher sprachen die Bürger der SPD einen klaren Kompetenzvorsprung zu. Allein von Ende '77 bis Ende '78 konnte die Union ihr Leistungsprofil um 3 Prozentpunkte verbessern. Was hat auf diese positive Entwicklung Einfluß genommen?

Nach dem Beschluß des Bundesparteitages im März 1977 wurde noch im selben Monat in Zusammenarbeit mit der Politischen Akademie Eichholz eine Fachtagung zum Thema Jugendarbeitslosigkeit durchgeführt. Ein Hearing am 22.6.1977 zu den "Zukunftschancen der jungen Generation" vertiefte das Problemverständnis. Alle Erkenntnisse gingen ein in den Kongreß "Zukunftschancen der jungen Generation", der am 21./22.10.1977 in Hamburg stattfand. Ziel des Kongresses war die Zusammenführung verschiedener Politikbereiche, die Einfluß haben auf die Zukunftschancen unserer jungen Menschen.

Aufgrund der breiten Diskussion wurde von den entsprechenden Bundesfachausschüssen eine Beschlußvorlage für den Bundesausschuß erarbeitet, die dieser am 12.6.1978 verabschiedete. Hiermit verfügt die CDU über eine klare Aussage, die den Jugendlichen Zukunftsperspektiven eröffnen kann.

Das CDU-Programm "Der Weg in eine gesicherte Zukunft - Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend" wurde von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einen Antrag vom 15. August 1978 "Zukunftschancen der Jugend" umgesetzt, über den der Bundestag am 18. Januar 1979 debattierte.

Um die dem Programm zugrunde liegenden Probleme und Überlegungen einer breiteren Öffentlichkeit etwas ausführlicher zu erläutern, wurde in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ein Buch von Dr. Heiner Geißler und Matthias Wissmann als Herausgeber zu diesem Thema vorbereitet und veröffentlicht.

#### Umwelt, Energie und Wachstum

61 % der Deutschen halten den Umweltbereich für sehr wichtig und plädieren für mehr Aktivitäten auf diesem Gebiet. Die forcierten Bemühungen der CDU gerade auch auf diesem Problemfeld wurden von der Bevölkerung der Bundesrepublik honoriert. Die Daten signalisieren eine positive Entwicklung für die Union seit 1977. Zur Zeit liegt die CDU/CSU in der Leistungskompetenz nahezu auf der Höhe der SPD-Marke, die seit Ende der 60er Jahre besonders ausgeprägt war. Trotzdem bleibt hier noch einiges zu tun.

Für die günstige Entwicklung ausschlaggebend war nicht zuletzt die positive Resonanz auf den Kongreß "Energie und Umwelt" am 10. und 11. Oktober 1977, der der CDU neben einem klaren und unumstrittenen Energieprogramm auch eine positive Auseinandersetzung mit Fragen des Umweltschutzes und der Bürgerinitiativen brachte. Eine entsprechende Vorlage wurde später vom Bundesausschuß verabschiedet.

Ein weiteres Mal hat sich die CDU auf ihrem Kongreß "Lebenswerte Zukunft" am 1./2. März 1979 intensiv mit dem Thema "Umwelt und Wachstum" beschäftigt. Auf dieser wissenschaftlichen Fachtagung wurde intensiv der Frage nachgegangen, wie wirtschaftliches Wachstum mit der Schonung der natürlichen und sozialen Umwelt in Einklang zu bringen ist. Damit hat die CDU zu einer weiteren Zukunftsorientierung der deutschen Politik beigetragen.

Außerdem ist noch zu erwähnen:

Die Bundesgeschäftsstelle der CDU hat anläßlich der Landtagswahlen in Hessen ein Programm "Leitthesen zum Umweltschutz" erarbeitet, die im Uid veröffentlicht wurden.

Der Bundesfachausschuß Energie und Umwelt arbeitet an einem umfassenden umweltpolitischen Programm: es soll bis Mitte 1979 fertiggestellt werden.

### Wirtschaftspolitik

Viele Bürger in der Bundesrepublik Deutschland (57 %) haben einen Wunsch ganz oben auf der Liste ihrer politischen Forderungen:

Daß die Abzüge von Lohn und Gehalt nicht noch weiter erhöht werden. Die Union - traditionellerweise mit der Kompetenz im Wirtschaftsbereich ausgestattet - wird deutlich der SPD vorgezogen, wenn es um dieses Thema geht. Und das nicht ohne Grund.

Die Politik der Steuererleichterungen und Sanierung der Staatsfinanzen hat in der Union eine ganz breite programmatische und praktische Basis. Die Hauptauseinandersetzungen mit der SPD/FDP-Koalition fanden im Bundestag und Bundesrat statt.

Bei den Beratungen des Steueränderungsgesetzes 1977 des Bundeshaushaltsplanes und des Steuerpaketes 1978 hat sich die CDU/CSU-Fraktion für Steuerentlastung und Investitionsförderung, vor allem für einen dauerhaften Abbau der investitionshemmenden und leistungsbehindernden Überbesteuerung eingesetzt.

Beim Steuerpaket 1978 wurden Anträge zur Beteiligung der Gemeinden an der Einkommenssteuer, zum Abbau der Überbesteuerung der Arbeitnehmer und der Betriebe und zur Erhöhung des Kindergeldes für Kinderreiche (Familiengeld) eingebracht. Weiterhin hat sich die CDU/CSU-Fraktion dafür eingesetzt, daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht zur Finanzierung einer falschen Haushaltspolitik eingesetzt wird, sondern daß vielmehr diese Einnahmen einer verbesserten Familienförderung und der Entlastung von Unternehmen zugute kommt.

Darüber hinaus ist im Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik neben der Erstellung eines wirtschaftspolitischen Manifests die Diskussion über ein neuartiges integriertes Einkommensteuer- und Transfersystem zur Steuervereinfachung angelaufen. Gerade diese Thematik - Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit - muß im Hinblick auf die Diskussion um eine neue "Steuerpartei" als besonders wichtig angesehen werden. Hier besteht die Möglichkeit, ein zweifellos vorhandenes "Protestpotential" für die CDU zu erschließen.

Im Juni 1978 gab es die Deutsche Mark 30 Jahre lang. Die CDU nahm diesen Tag zum Anlaß, auf die Bedeutung der sozialen Marktwirtschaft hinzuweisen und sich mit den planwirtschaftlichen Tendenzen in der SPD auseinanderzusetzen.

Der Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat muß verhindert und die zerrütteten Staatsfinanzen saniert werden. Die CDU/CSU-Fraktion hat in der Bundestagsdebatte Anfang 1979 diese Gedanken offensiv vertreten.

### Bürokratisierung und persönliche Freiheit

Bürokratisierung und persönliche Freiheit sind ein Thema, das ebenfalls weit mehr als die Hälfte (55 %) der Deutschen anspricht und von ihnen als wesentliches Problem unserer Zeit erkannt wird.

Gerade neuere Umfragen (Emnid, März 1978) zeigen, wie hautnah der Bürger dieses Staates das Bürokratie-Problem empfindet:

- Für 50 % ist es unangenehm, eine Erledigung bei Behörden vorzunehmen,
- 51 % sehen ihre persönliche Entscheidungsfreiheit zum Teil eingeschränkt.

Bei diesen Ergebnissen ist es schon sehr wesentlich, daß auch in diesem Bereich der Union die Lösung der Probleme zugetraut wird. Immerhin glauben mehr Bürger daran, daß unter einer CDU-Regierung die Bürokratie abnimmt als daß es umgekehrt kommt. Vergleicht man die Kompetenzen von CDU/CSU und SPD, dann zeigt sich, daß die Union einen Vorsprung von 4 Prozentpunkten vor der SPD hat. Das zählt umso mehr, als die SPD bis vor einiger Zeit noch regelmäßig für kompetenter angesehen wurde, wenn es um "bürger-nahe Politik" ging. Dies war Ausfluß der allgemeinen "Sozial"-Kompetenz der SPD, die aber seit 1973 drastisch zurückgegangen ist.

Was hat die CDU an Leistungen im Kampf gegen die Bürokratie vorzuweisen?

Es wurde eine wissenschaftliche Fachtagung "Verwaltete Bürger - Gesellschaft in Fesseln" am 19./20. April 1978 in Bonn durchgeführt. Eine umfangreiche Dokumentation mit Analysen und Lösungsvorschlägen wurde zu diesem Zweck erarbeitet.

Auf dieser Grundlage wurde die Bürokratisierung und ihre Folgen für Staat, Wissenschaft und Gesellschaft diskutiert. Die Ergebnisse der Fachtagung

wurden als Buch veröffentlicht und so einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Darüber hinaus wurde eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Generalsekretärs gebildet, die die Ergebnisse des Kongresses - Anregungen und Vorschläge - ausgewertet und Konsequenzen für die praktische Parteiarbeit erarbeitet hat. Die Arbeitsgruppe wird ihre Arbeiten noch im Jahre 1979 abschließen. Auch auf dem Rechtspolitischen Kongreß am 18./19. Mai 1978 wurde unter dem Motto "Recht sichert Freiheit" umfassend über die Folgen der Bürokratisierung gesprochen.

Zu diesem wichtigen politischen Bereich hat auch der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU Beschlüsse vorgelegt. Er hat "Thesen zum Wettbewerbsprinzip für öffentliche Dienstleistungen" verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Bürokratisierung wird auch ein Thema im Europa-Wahlkampf sein: Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 29.1.1979 beschlossen, daß die CDU unter dem Motto "Bürgerfreiheit Ja - Bürokratisierung Nein" ihre Vorstellungen zu diesem Thema im Wahlkampf darlegt.

### Familienpolitik

Heute geben auf direktes Befragen immerhin 90 % der Deutschen an, etwas vom Rückgang der Geburten gehört zu haben. 76 % sehen in den sinkenden Geburtenziffern einen Nachteil für unseren Staat. 1973 waren es erst 59 %.

Daß sich die SPD/FDP-Koalition im Unterschied zur CDU bisher kaum im Sinne des Bürgers um dieses Thema gekümmert hat, zeigt sich darin, daß man Abhilfe am ehesten von der Union erwartet, ihr vertraut. Die Union führt klar vor der SPD: 39 % aller Bürger sagen, die CDU/CSU setze sich am stärksten dafür ein, daß der Geburtenrückgang gestoppt wird. Nur 18 % äußern dies von der SPD. Der Kompetenzüberschuß auf diesem Gebiet beträgt also 21 Prozentpunkte.

Die CDU hat den Kompetenzvorsprung nicht von ungefähr:

In der Politik der CDU hat die Familie einen hohen Stellenwert. Dies kommt auch in ihrem Grundsatzprogramm - beschlossen auf dem 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen vom 23. bis 25. Oktober 1978 - deutlich zum Ausdruck.

Für die CDU ist die Familie das Fundament einer freiheitlichen sozialen Gesellschaft. Die CDU will die Eigenständigkeit der Familie schützen und den Raum freier Entfaltung erhalten und erweitern, gleichzeitig den solidarischen Zusammenhalt in der Familie stärken.

Auch wird es in Zukunft darauf ankommen, die Erziehungsfähigkeit der Familie zu stärken. Durch die Gewährung eines Erziehungsgeldes sollte es jeweils einem Elternteil ermöglicht werden, unter Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit sich ganz der Erziehung und Pflege seines Kindes zu widmen.

"Ein Erziehungsgeld und die rentensteigernde Berücksichtigung von Erziehungsjahren sind daher unabdingbar."

(Grundsatzprogramm der CDU, Ziff. 34).

Die Bundesrepublik Deutschland schneidet - was die Familienförderung betrifft - im internationalen Vergleich schlecht ab. Dieses Ergebnis, untermauert durch eine Ausarbeitung der Bundesgeschäftsstelle, war Anlaß für eine Fachtagung, auf der vom 30. bis 31. März 1978 Vertreter konservativer und christlich demokratischer Parteien aus 16 Staaten Europas die Entwicklung der Familie intensiv erörterten und gemeinsam Beschlüsse faßten. Eine im Anschluß an diese Tagung von der Bundesgeschäftsstelle veröffentlichte Dokumentation löste eine intensive Diskussion über Familienpolitik in der Öffentlichkeit aus.

Die Familienpolitik gewinnt im Internationalen Jahr des Kindes eine besondere Bedeutung. Jedes Kind hat ein Recht auf seine Familie. In den Fällen, wo dies nicht verwirklicht werden kann, müssen familienähnliche Bedingungen hergestellt werden, um allen Kindern die besten Chancen für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu bieten. Dies ist der Ausgangspunkt für die Entscheidung des Bundesausschusses der CDU am 11.12.1978: "Für eine kinderfreundliche Gesellschaft", die die Forderungen der CDU für bessere Lebens-

bedingungen der Kinder in unserer Gesellschaft enthält. Diese Forderungen wurden von den Ergebnissen einer explorativen Studie "Wie erleben Kinder ihre Umwelt" des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, die zu Beginn dieses Jahres in einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus vorgestellt wurde, unterstrichen.

Die Studie bestätigt nachdrücklich die familienpolitischen Forderungen der CDU: Die Familie muß in ihrer Erziehungskraft weiter gestärkt und die Gesellschaft kinderfreundlicher werden. Die Eltern müssen in die Lage versetzt werden, ihre Erziehungsaufgabe zum Wohl ihrer Kinder in vollem Umfang gerecht zu werden.

### Europapolitik

Entsprechend den Umfragen, die aufzeigen, daß kurz vor der Europa-Wahl noch ein recht diffuses Meinungsbild hinsichtlich Europa in der Bevölkerung vorherrscht, nehmen die Europa-Themen in der Prioritäten-Skala des Bürgers nur einen mittleren Platz ein. Hier muß noch umfangreiche Informationsarbeit geleistet werden. Rund 45 % der Deutschen halten es z.B. für besonders wichtig, daß das Vordringen des Kommunismus in Europa verhindert wird. Da man der CDU/CSU hier ganz besonders vertraut, erzielt die Union bei diesem Thema einen Überschuß an Lösungskompetenz von 19 Prozentpunkten vor der SPD.

Die europapolitische Arbeit der CDU steht ganz im Zeichen der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament.

Am 13. Juni 1977 befaßte sich der Bundesausschuß der Partei mit europapolitischen Fragen und stellte die wichtigsten Forderungen der CDU noch einmal zusammen.

Auf internationaler Ebene wurde die Europäische Demokratische Union (EDU) gegründet und im März 1978 konnte der Kongreß der Europäischen Volkspartei (EVP) sein politisches Programm verabschieden. Die CDU hatte einen hervorragenden Anteil an der Programmarbeit. Im Programm der EVP wird u.a. ein klares Bekenntnis zur Freiheit, persönlicher Würde, zur sozialen Marktwirt-

schaft, zur Nato und zur engen Partnerschaft mit Nordamerika abgegeben. Ebenso klar ist aber auch die Absage an Eurokommunismus und Eurosozialismus.

Das wird auch im Haupt-Slogan zur Europa-Wahl deutlich, den der Bundesvorstand am 29.1.1979 beschlossen hat: "Deutsche wählt das freie und soziale Europa - gegen das sozialistische Europa", ist das Motto, das aus vielen Sloganvorschlägen kondensiert wurde. Daneben bestehen bleibt aber auch die "Politik für die Freiheit - Glück für die Menschen"-Parole, so der Beschluß des Bundesvorstandes.

Als Informations- und Argumentationshilfe für den Euro-Wahlkampf hat die Bundesgeschäftsstelle ein detailliertes Rednerhandbuch vorgelegt. Dieses Handbuch wurde unter Mitarbeit von Experten aus der CDU/CSU-Fraktion, aus den Bundesfachausschüssen und aus sonstigen relevanten Bereichen erarbeitet. Inhaltlich werden alle bezüglich Europa wichtigen Themen abgehandelt: von den Zielsetzungen innerhalb der einzelnen Politik-Bereiche über die Geschichte der EG bis hin zum Europawahlprogramm der SPD.

Das Wahlprogramm der SPD war für den Generalsekretär Anlaß, eine genaue Analyse der SPD-Beschlüsse von Köln vorzunehmen. Die Analyse kam zu dem Schluß, daß dieses Programm einen Einschnitt in die Geschichte der demokratischen Parteien der Bundesrepublik darstellt und die Rückentwicklung der SPD zur Klassenpartei dokumentiert. Auch eine Strategie der Volkfront ist seitdem nicht mehr auszuschließen. Diese Analyse wurde an alle Gliederungen der Partei weitergegeben.

Weiterhin wurden von den Fachausschüssen verschiedene europapolitische Programme verabschiedet bzw. deren Verabschiedung vorbereitet:

- Programm zur Europäischen Verbrechensbekämpfung
- Europaorientierte Politik
- Programm zur Europäischen Sozialpolitik
- Programm für Südeuropa und wirtschaftspolitische Bedeutung der zweiten EG-Erweiterung

Mit allen diesen Aktionen hat die CDU dazu beigetragen, die Bedeutung der Europa-Wahl auch in breiteren Schichten der Wähler bewußt zu machen.

### Verteidigungspolitik

36 % der Be-

völkerung verlangen, daß die Nato und die Bundeswehr gestärkt wird, damit die Russen keinen noch größeren militärischen Vorsprung vor dem Westen bekommen. Geht es um diesen Aspekt der Verteidigungspolitik, dann bescheinigt man auch hier der CDU/CSU, daß sie ihre Sache gut macht: 10 Prozentpunkte beträgt der Vorsprung vor der SPD. Dieser Vorsprung basiert auf den erfolgreichen Aktionen der CDU, die in der Vergangenheit durchgeführt wurden.

Eine Bestandsaufnahme der Ergebnisse der Entspannungspolitik und der Auswirkungen dieser Politik auf die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland war auf dem Bundesparteitag im März 1977 beschlossen worden.

Die Hauptabteilung Politik veröffentlichte in Zusammenarbeit mit dem Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung im Januar 1978 eine Dokumentation zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, in der mit Daten, Fakten und dokumentarischen Materialien die Rüstungspotentiale und die Militärstrategie des Warschauer Paktes und der Nato dargelegt, die Situation in Europa besonders beleuchtet und die Konsequenzen für den freien Westen aufgezeigt wurden.

Die Dokumentation diente der Vorbereitung des großen sicherheitspolitischen Forums der CDU in Kiel, das am 13. und 14. Januar 1978 stattfand. Dieser Kongreß diskutierte die verteidigungspolitische Situation der Bundesrepublik Deutschland und Europas im Rahmen der Nato unter Beteiligung hochrangiger internationaler Persönlichkeiten. Dabei sollten auch Anregungen zur Weiterentwicklung der wehrpolitischen Vorstellungen der CDU erarbeitet werden. Die Beiträge und Ergebnisse wurden in einem

Taschenbuch im April der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Titel lautet: "Sicherheit für unsere Freiheit-zur verteidigungspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland".

Am 30. September 1978 führte die CDU in Bonn ein Symposium über die gegenwärtige und zukünftige Struktur der Bundeswehr unter Beteiligung von sicherheits- und verteidigungspolitischen Experten durch. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand das deutsche Heer von morgen, Strukturprobleme des Feldheeres, der Territorialverteidigung und der Reserven. Das Symposium diente der Meinungsbildung über eigene Vorschläge zur Heeresstruktur, die am 30. Oktober 1978 vorgelegt wurden.

### Deutschlandpolitik

75 % der Bürger der Bundesrepublik Deutschland halten am Ziel der Wiedervereinigung fest.

Nach wie vor ist die Union diejenige Partei, der man eher zutraut, dafür zu sorgen, daß auch in der DDR die Menschenrechte eingehalten werden. Das ist nicht von ungefähr so.

Ein Anliegen des 25. Bundestages 1977 war es, die Frage der Menschenrechte in Deutschland stärker in das politische Bewußtsein zu rücken. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitete gemäß Beschluß des Parteitagés eine Dokumentation über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa. Von der Hauptabteilung Politik wurde die Menschenrechtsdiskussion in mehreren Dokumentationen aufbereitet und als Argumentationsmaterial den Parteimitgliedern zur Verfügung gestellt.

Viele Tatsachen aus dem geteilten Deutschland sind im europäischen Ausland unbekannt. Dies kann leicht zu politischen Mißverständnissen führen. Auch die Existenz einer CDU in der DDR gehört hierzu. Um Mißdeutungen im

westeuropäischen Ausland vorzubeugen, fertigte die Hauptabteilung Politik eine Analyse der Ost-CDU an. Diese wurde vor allem an die befreundeten christdemokratischen und konservativen Parteien in Europa versandt.

Der 25. Bundesparteitag hatte u.a. ein Konzept zur künftigen Gestaltung des innerdeutschen Verhältnisses verlangt. Deshalb wurde eine Expertentagung durchgeführt, auf der intensiv ein Handlungsrahmen für eine planvolle Deutschland-Politik diskutiert wurde. Diese Tagung wurde ausgewertet und daraus der "Katalog flexibler Gegenmaßnahmen für eine planvolle Deutschland-Politik" erarbeitet. Dieser Katalog wurde dann vom Generalsekretär der Presse vorgestellt: Ein Beitrag der CDU, die deutschlandpolitische Stagnation zu überwinden.

Im Jahre 1979 wurde von der Bundesgeschäftsstelle eine weitere Dokumentation erarbeitet: "Dokumente zur Deutschlandpolitik". Detailliert wurden hier Initiativen, Stellungnahmen und Dokumente zur Deutschlandpolitik seit 1977 dargestellt, um die Arbeit der CDU auf diesem Gebiet zu verdeutlichen.

### Medienpolitik

Die Medienpolitik ist für eine politische Partei von existenzieller Bedeutung. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund der Medienlandschaft der Bundesrepublik, die die Chancen der Oppositionspartei - der Union - erheblich beeinträchtigt.

Unter dem Motto "Freiheitliche Medienpolitik" fand am 7./8. November 1978 in Bonn der Medientag der CDU/CSU statt.

Der große Andrang von ca. 950 Journalisten und Medienfachleuten und das überaus positive Echo haben gezeigt, daß die Vorstellungen der Union auf fruchtbaren Boden gefallen sind. In allen Reden und Diskussionsbeiträgen von Unionspolitikern kam klar zum Ausdruck, daß der Monopolcharakter der

gegenwärtigen Rundfunkstruktur nicht mehr im Einklang mit den verfassungsmäßigen Vorschriften steht. In 10 Thesen legte die CDU und CSU ihre Position zu den elektronischen und Printmedien dar. Bereits auf dem Bundesparteitag in Ludwigshafen hatte der Generalsekretär die Medienfrage als eine der großen Aufgaben für die Union bezeichnet.

In Auswertung der Ergebnisse des Medientages wurden die wichtigsten Gedanken der Redner sowie die Thesen in den Parteipublikationen dargestellt und eine Sonderbroschüre herausgebracht.

## Dienstleistungen der Bundesgeschäftsstelle

Die CDU hat sich zu einer schlagkräftigen Volkspartei entwickelt. Die Zahl ihrer Mitglieder ist auf über 675.000 angewachsen, bei den letzten Bundestagswahlen gaben 14,3 Millionen Wähler ihre Stimme der CDU, so daß die CDU/CSU insgesamt auf 18,3 Millionen Stimmen kam.

Diese Entwicklung ist nur mit einem effizienten Parteiapparat möglich, in dessen Zentrum die Bundesgeschäftsstelle im Konrad-Adenauer-Haus steht.

Die Bundesgeschäftsstelle versteht sich als Dienstleistungsapparat, ihre Arbeit sind Dienstleistungen für die Partei.

Folgende Leistungen stehen dabei im Vordergrund, über die hier im einzelnen berichtet wird.

1. Parteiarbeit
2. Innerparteiliche Information
3. Öffentlichkeitsarbeit
4. Wahlkampf
5. Pressearbeit
6. Medienpolitik
7. Auswärtige Beziehungen
8. Justitiar
9. Personalwesen

## 1. Parteiarbeit

Die Parteiarbeit erfaßt die organisatorische, apparative Zusammenarbeit der Parteigliederungen.

Ziel ist es, die Schlagkraft der gesamten Partei zu erhöhen. Dieses Ziel wird durch eine stärkere Einbeziehung der Stadt-, Bezirks- und Gemeindeverbände, somit durch eine größere Orientierung auf die Basis, verfolgt.

Dazu dienen unter anderem Modellversuche. Im einzelnen werden folgende Schwerpunkte gebildet:

1. Erstellung eines Berichts zur Funktion der Dienstleistungszentren während des Bundestagswahlkampfes 1976 sowie deren Zusammenarbeit mit der Bundesgeschäftsstelle, den Landes- und den angeschlossenen Kreisgeschäftsstellen. Grundlage war ein Fragebogen, der an alle Dienstleistungszentren und die angeschlossenen Kreisverbände versandt wurde. Der Bericht wird zur Konezption einer neuen Serie von Modellversuchen sowie als Material zur Verbesserung der Parteiorganisation im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf 1980 verwandt.
2. Erstellung eines Berichts über das Verhältnis der Vereinigungen und ähnlichen Organisationen der CDU auf Kreisebene zur Partei. Grundlage war ein Fragebogen, der an alle Kreisgeschäftsstellen versandt wurde. Die Ergebnisse werden zur Zeit durch eine durch die Landesgeschäftsführerkonferenz eingesetzte Kommission endgültig ausgewertet und sollen mithelfen, das Verhältnis zwischen der Partei und den Vereinigungen und ähnlichen Organisationen auf eine bessere Basis zu stellen.
3. Erarbeitung einer Schwachstellenanalyse der Organisationsformen der Partei auf Kreisebene. Grundlage der Analyse bildeten

- a) Unterlagen der ZMK
- b) Ergebnisse der Bundestagswahl 1976
- c) Bericht zur Funktion der Dienstleistungszentren (s. 1)
- d) Untersuchung zur Ausstattung der Kreisgeschäftsstellen (75) und deren Fortschreibung
- e) Erfahrungsberichte des zentralen Rednereinsatzes bei der Bundestagswahl 1976 und der technischen Vorauskommandos bei diesem Wahlkampf.

Die Ergebnisse der Analyse sollen mit als Grundlage zur Erarbeitung einer langfristigen organisatorischen Konzeption auf Bundes-, Landes- und Kreisebene dienen.

4. Ausarbeitung eines Vorschlags zur Durchführung einer weiteren Serie von Modellversuchen mit mehreren ausgewählten Landes- und Kreisverbänden.

Auf Kreisebene:

- Erprobung der Möglichkeiten zur Einführung einer systematischen Wähleransprache und -betreuung, durch eine weitere Dezentralisierung der Parteiorganisation: Aufstrukturierung der großen Stadtbezirks- und Ortsverbände nach Stimmbezirken.
- Überprüfung der Möglichkeiten zur Verbesserung der Beitragsehrlichkeit der Mitglieder.
- Aufstellung einer Versuchsreihe zur systematischen Nutzung von Zielgruppenadressen und der intensiven Parteiarbeit im vorpolitischen Raum.
- Fortschreibung der Modellversuche zur Aufgabenteilung im Kreisvorstand auf Stadt-/Gemeinde-/Stadtbezirksvorstandsebene.

Auf Landesebene:

- Verbesserung und Ausbau der Dienstleistungen der einzelnen Zentren durch den Einsatz von Datenfernleitungen in Verbindung mit der EDV der Bundesgeschäftsstelle.

5. Erarbeitung der Grundlagen eines Versuchs zur Verbesserung des bestehenden bundesweiten Informations- und Kommunikationsnetzes durch Installation von Telekopierern
  - a) in den Geschäftsstellen der Landesverbände,
  - b) in den Dienstleistungszentren und Schwerpunktgeschäftsstellen der wahlkampfführenden Landesverbände.

Der Versuch läuft seit Januar 1978; mittlerweile sind insgesamt 28 Telekopierer durch die CDU-Bundesgeschäftsstelle installiert, wovon 12 Geräte je nach Bedarf an variablen Standorten eingesetzt werden.

6. Organisatorische Hilfestellung zur Verbesserung der Voraussetzungen des Landtagswahlkampfes 1979 in Schleswig-Holstein.
7. Organisatorische Hilfestellung zur Verbesserung der Ausstattung der Dienstleistungszentren und zur Einrichtung neuer solcher Zentren.

Einen wesentlichen Punkt nimmt der Erfahrungsaustausch zwischen Bundesgeschäftsstelle und den Parteigliederungen ein.

Durch die Beschreibung beispielhafter Initiativen einzelner Verbände unter der Rubrik "Ideen-Taten-Aktionen" im Uid hat sich ein reger Erfahrungsaustausch entwickelt.

Auch die Zusammenarbeit mit den Vereinigungen der Partei und den ihr nahestehenden Organisationen wurde ausgebaut und verbessert.

## Veranstaltungen

Zur Parteiarbeit gehört darüber hinaus die Organisation von Partei-Veranstaltungen, die Bundesrednervermittlung sowie die Besucherbetreuung.

In dem Berichtszeitraum wurden durch das Referat Veranstaltungen 52 Kongresse und Tagungen der Partei und ihrer Vereinigungen sowohl in Bonn als auch im übrigen Bundesgebiet durchgeführt oder organisatorisch unterstützt.

### Bundesrednervermittlung

Die durch Bundes- und Fachverbände an die Abteilung Organisation herangetragenen Wünsche zur Vermittlung von Repräsentanten und Referenten sind in diesem Berichtsjahr erneut stark angewachsen. Es wurden Vertreter der CDU für 254 Veranstaltungen vermittelt.

Es ist gelungen, eine gute Repräsentanz der Partei auf nahezu allen Veranstaltungen, um deren Unterstützung die Bundesgeschäftsstelle gebeten wurde, zu sichern.

Beim Landtagswahlkampf in Niedersachsen waren an 35 Tagen 38 zentral vermittelte Bundesredner im Wahlkampfeinsatz. Es wurden 100 öffentliche Veranstaltungen, 83 Zielgruppengespräche und 15 Pressegespräche durchgeführt.

Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg waren an 11 Tagen 10 zentral vermittelte Bundesredner im Wahlkampfeinsatz. Hier wurden 24 öffentliche Veranstaltungen und 4 Zielgruppenveranstaltungen durchgeführt.

Für den Landtagswahlkampf in Hessen ist das bis dahin übliche Vermittlungsverfahren in Übereinstimmung mit dem Landesverband weiter verfeinert worden. Durch eine besondere Vereinbarung mit den Landesverbänden wurde der Kreis der zentralvermittelten Redner beträchtlich erweitert. Diese Redner wurden sämtlichst auf Anforderung der Kreisverbände von der Bundesgeschäftsstelle vermittelt.

Nach diesem Verfahren waren 55 Redner an 37 Tagen im Einsatz, die über 200 Veranstaltungen durchgeführt haben. Für die Landtagswahlkämpfe im Frühjahr 1979 wurde der zentrale Rednereinsatz nach dem Verfahren im Landtagswahlkampf in Hessen durchgeführt.

Dabei wurden für Rheinland-Pfalz 40 Redner an 75 Einsatztagen mit 172 Veranstaltungen,

für Berlin 13 Redner an 14 Einsatztagen für 26 Veranstaltungen und

in Schleswig-Holstein 21 Redner an 72 Einsatztagen für 137 Veranstaltungen

verplant.

#### Besucherbetreuung

Die Zahl der Besucher der Bundesgeschäftsstelle, die von einem eigenen Referat Protokoll/Besucherbetreuung betreut werden, steigt auch weiterhin an. Im Berichtszeitraum haben 1.705 Gruppen mit 71.418 Teilnehmern das Konrad-Adenauer-Haus besucht. Der Gesamtanteil der Besucher seit Bestehen des Referates und der regelmäßigen Besucherbetreuung (1975 - 1978) beträgt jetzt 2.316 Gruppen mit 95.681 Teilnehmern.

Bei den Neumitgliedern besteht nach wie vor großes Interesse für den "Tag der offenen Tür" im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. An den beiden Veranstaltungen am 4. Juni 1977 und am 20. Mai 1978 haben Parteimitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet teilgenommen, um sich über die politische Lage und die Arbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle zu informieren.

## 2. Die innerparteiliche Information

Adressaten für innerparteiliche Information sind zum einen die Parteimitglieder und zum anderen die Funktions- und Mandatsträger der Partei. Darüber hinaus wird im Wahlkampf ein Wahlkampfinformationsdienst erstellt, sowie täglich mittels der Presseschauen eine aktuelle Information der Führungsgremien.

### Information der Parteimitglieder

Das "Deutsche Monatsblatt" stellt mit einer Auflage von rund 675.771 Exemplaren die direkte Verbindung zwischen der Bundespartei und allen CDU-Mitgliedern her. Gesonderte Länderbeilagen und Wechelseiten sorgen für zusätzliche Kontakte zwischen den CDU-Landesverbänden und der Mitgliedschaft. Das "Deutsche Monatsblatt" hat sich nicht nur bei der Verbreitung von Informationen und Argumenten aus dem CDU-Bereich bewährt, sondern ist auch zu einem wichtigen Informationsträger für die Werbemittelangebote der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit geworden.

Überlegungen für eine Neukonzeption der inhaltlichen und äußeren Gestaltung des "Deutschen Monatsblatts" sind zur Zeit noch im Gange. Anlässlich des Bundesparteitages in Ludwigshafen wurden zwei alternative Gestaltungsvorschläge zur Diskussion gestellt. Die Leser konnten sich ein Urteil bilden und per Fragebogen an die CDU-Bundesgeschäftsstelle weiterleiten. Die Auswertung der Fragebögen und zahlreicher Leserbriefe zum gleichen Thema ist noch nicht abgeschlossen.

Information der Funktions- und Mandatsträger der Landes- und Kreisverbände

Diese Aufgabe erfüllt die Bundesgeschäftsstelle mit dem wöchentlich erscheinenden Informationsdienst

"Union in Deutschland" (UiD),

der neben dem aktuellen Argumentations-Material Bundespolitik, ständig eine Dokumentation (grüne Beilage) sowie kontinuierlich die Beilage Öffentlichkeitsarbeit (rosa) sowie bei aktuellen Ereignissen UiD-Extra (gelber Teil) enthält. Der UiD faßt das politische Material aus Bundespartei und Bundesfraktion zusammen. Außerdem enthält er die Berichte über die Landesparteitage und eine ständige Rubrik Parteiarbeit/Erfahrungsaustausch.

Zur Europawahl erscheint im UiD seit Januar bis zum 10. Juni 1979 eine wöchentliche Sonderbeilage (blau).

Verteiler UiD:

Bundesebene: Präsidium  
Bundesvorstand  
Bundesvorstände der Vereinigungen

Landesebene: Landesvorstände der Partei und der Vereinigungen

Kreisebene: Kreisvorstände der Partei und der Vereinigungen  
Vorsitzende Stadtbezirkspartei, Verbandsgemeinden  
Vorsitzende Ortspartei, auch Stützpunktleiter

Dieser Personenkreis umfaßt insgesamt rund 22.500.

Die Meldungen erfolgen an die Zentrale Mitgliederkartei der Bundesgeschäftsstelle.

Hinzu kommen ständig rund 2.500 bezahlte Abonnements sowie zeitlich begrenzte Abonnements von Landes- und Kreisverbänden für Wahlkämpfe.

## Wahlkampfdienst

Um eine verstärkte aktuelle Information in Wahlkämpfen sicherzustellen, erstellt die Bundesgeschäftsstelle für Bundestagswahlen wie für die Europawahl gesonderte Wahlkampfdienste, die zwei bis dreimal wöchentlich erscheinen und an insgesamt 7.000 Mandats- und Funktionsträger gehen, die auf der Grundlage eines entsprechenden Verteilerschlüssels der Bundespartei von den Landesverbänden - in Absprache mit den Kreisverbänden - zu der jeweiligen Wahl benannt werden.

Für Landtags- und Bürgerschaftswahlen wird drei bis viermal wöchentlich aktuelles Material aus der Bundespolitik an die Landesverbände für die von diesen herausgegebenen Wahlkampfdienste geliefert. Teilweise erstellt die Bundesgeschäftsstelle diese Wahlkampfdienste in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden Bonn, wo dann Druck und Versand durch die Union Betriebs GmbH erfolgen.

Die Auflage dieser Wahlkampfdienste liegt zwischen 600 und 3.500.

## Presseschauen

Nachdem der Führungsspitze der Partei in der Opposition nicht mehr die direkte Information durch das Bundespresseamt und die Pressestellen der Ministerien zur Verfügung steht, hat die Bundesgeschäftsstelle ein eigenes Informationssystem entwickelt, das sich hauptsächlich auf die Auswertung der Presse und der maßgeblichen Informationsdienste konzentriert.

Presseschau rot	(täglich)
Presseschau gelb	(Auswertung Wochenendpresse - montags)
Presseschau blau	(politische Wochenpresse - donnerstags)
Presseschau grün	(politisches Geschehen in den Bundesländern - dienstags und freitags)
Interne Informationen	(Auswertung der maßgeblichen vertraulichen Informationsdienste - dienstags und freitags)

Für die rote Presseschau, die morgens um 7.30 Uhr vorliegt, werden rund 25 Tageszeitungen des gleichen Tages, für den Gesamtbereich der Auswertung rund 100 Tageszeitungen, politische Wochenzeitungen, Illustrierte, Magazine und Informationsdienste ausgewertet.

Außer den Standard-Presseschauen werden aus diesem Material laufend Sonder-Presseschauen (jeweils besondere und unterschiedliche Verteiler) über besonders wichtige politische Ereignisse (Wahlen, Parteitage, Bundestagsdebatten, Kongresse, Jahrestagungen der Vereinigungen, große Pressekonferenzen usw.) erstellt.

Für den Europa-Wahlkampf wird seit dem 17. Januar 1979 wöchentlich (mittwochs) die Presseschau Europa zusammengestellt.

Die Standard-Presseschauen werden verteilt an:

Präsidium,  
 Bundesvorstand,  
 Bundestagsfraktion,  
 Vorsitzende und Geschäftsführer bzw. Generalsekretäre der Landesverbände und der Vereinigungen,  
 Vorsitzende und Geschäftsführer der Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen,  
 Minister der CDU-geführten Landesregierungen,  
 Geschäftsführung der Konrad-Adenauer-Stiftung,  
 Bundesgeschäftsstelle.

Dieser Personenkreis umfaßt insgesamt rund 600.

### 3. Öffentlichkeitsarbeit

Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit der CDU erfordert eine kontinuierliche Arbeit, auch zu Zeiten ohne Wahlen.

Die Kommunikationsziele zwischen den Wahlen sind: Die Öffnung zum Mitbürger, die Mitgliederwerbung und die institutionelle Werbung für die CDU.

Die Arbeit erfolgt dabei auf drei Linien:

- die kontinuierliche Selbstdarstellung der CDU in Programm, Politik und Geschichte
- die Herausstellung von politischen Themen
- die Auseinandersetzung mit der Regierung

Die Öffnung zum Mitbürger verlangt besondere Aktionsformen, die gekennzeichnet sind durch die direkte persönliche Kommunikation mit dem Bürger.

Erfolgreichstes Beispiel hierfür ist die Aktion "Woche der CDU". Anfang 1977 bekamen die CDU-Verbände die Anregung, eine Veranstaltungsreihe unter der Bezeichnung "Woche der CDU - Eine Volkspartei stellt sich vor" als Selbstdarstellung der örtlichen CDU-Verbände durchzuführen. Seitdem haben weit über 4000 Wochen der CDU stattgefunden.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum folgende Aktionen durchgeführt, die sowohl die Selbstdarstellung der CDU als auch die Auseinandersetzung mit der SPD/FDP-Regierung zum Ziel hatten.

- Aktion "Deutschland und die Menschenrechte"

Zweck der Aktion vom März 1977 bis Mai 1977 war es, der Bevölkerung die auf dem 25. Bundesparteitag der CDU behandelten Themen näherzubringen.

- Ferienaktion '77 und 78

Während im Mittelpunkt der Ferienaktion '77 im Juli und August die Verteilung von Reisekarten und "Erkennungszeichen" stand, wurde in der

Sommeraktion '78 im Juni das Faltblatt "Tips für den Urlaub" verteilt.

- Aktion anlässlich des Grundsatzforums im November 1977  
Neben Reden zum Grundsatzprogramm wurde der Entwurf des Grundsatzprogramms der CDU herausgegeben.
  
- Aktion "Schaukasten 77"  
In dieser Aktion wurden die CDU-Verbände im Juli und August aufgerufen, Schaukästen anzuschaffen, dessen zentrales Informationsmittel die Wandzeitung ist.
  
- Aktion "Für sichere Renten: Gegen Wortbruch und Willkür"  
Dazu wurde den Parteiverbänden im März 78 eine Wandzeitung und ein Flugblatt angeboten.
  
- Frühjahrsaktion im März 1978 "Die Deutschen haben eine bessere Regierung verdient"  
Zentrales Werbemittel dieser flankierenden Maßnahme zu den Landtagswahlkämpfen in Hamburg und Hessen war eine im Boulevardstil aufgemachte Aktionszeitung.
  
- Aktion 17. Juni  
Im April und Mai 1978 wurde zum Thema 17. Juni eine Plakataktion der Kreisverbände mit einem Plakat der Bundespartei durchgeführt.
  
- Aktion Grundsatzprogramm  
Die Nacharbeit zum Bundesparteitag umfaßte im November und Dezember 1978 die Herausgabe
  - des Grundsatzprogramms
  - ein Faltprospekt über das Grundsatzprogramm
  - eine Wandzeitung

Darüber hinaus wurden folgende Reden, die auf dem Parteitag gehalten wurden, angeboten:

Helmut Kohl: "Politik für eine lebenswerte Zukunft"

Heiner Geißler: "Wir können aus eigener Kraft gewinnen"

Im März wird zum Grundsatzprogramm das Buch "Grundwerte in der Politik - Analysen und Beiträge zum Grundsatzprogramm der CDU" von Heiner Geißler erscheinen.

Zur Selbstdarstellung der CDU dient neben der Illustrierten "CDU - die große deutsche Volkspartei", die die CDU, ihr Programm, die innerparteiliche Willensbildung und die führenden Politiker vorstellt, auch der Partiefilm "CDU - die große deutsche Volkspartei".

Um den Mitgliedern Anregungen und Tips dafür zu geben, wie Sie selbst persönlich für die CDU erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit leisten können, wurde eine Tonbildschau unter dem Titel "Mitdenken - Mitarbeiten - Mobilisieren" produziert und den Kreisverbänden kostenlos zur Verfügung gestellt.

Das gleiche Ziel wird mit den Regiebüchern verfolgt. Zu der erfolgreichen Regiebuchserie kamen drei neue Regiebücher hinzu:

Regiebuch 10 "CDU-Zeitung"

Regiebuch 11 "Kritisches Fernsehen"

Regiebuch 12 "CDU-Ideenbuch"

Insgesamt stehen 12 Regiebücher zu allen Themen der Parteiarbeit zur Verfügung. Überarbeitet wurden die Regiebücher Mitgliederwerbung und Wahlkampf sowie zur Zeit die Mitgliederinitiativen. Darüber hinaus wurde ein Leitfaden "Begegnung mit der Kunst" herausgegeben. Das Statut wurde mit den neuesten Beschlüssen des Bundesparteitages in Ludwigshafen überarbeitet.

Die Herausstellung von politischen Themen erfolgt über die Verbreitung der politischen Argumentation. Hierzu stehen eine Reihe von Materialien zur Verfügung:

- Fachbroschüren aus der Serie "Zum Thema"

- Reden
- Argumentationskarten
- Programmbroschüren (z.B. das Grundsatzprogramm, die Programme der CDU (Dokumentation), Berliner Programm, Programm der Europäischen Volkspartei)
- Flugblätter

Ein Teil des vorhandenen Informationsmaterials wurde auf den neuesten Stand gebracht. Zu allen wesentlichen Bereichen liegen damit Sachausagen der CDU vor.

Die Referate und Ergebnisse der CDU-Fachkongresse wurden in Taschenbüchern veröffentlicht, die auch über den Buchhandel zu beziehen sind.

Eine der Hauptaufgaben der Öffentlichkeitsarbeit ist die Mitgliederwerbung. Die Bundesgeschäftsstelle hat die CDU-Verbände bei ihrer Mitgliederwerbung mit folgenden Maßnahmen unterstützt:

- Individuelle Beratung der Verbände in der Planung und Durchführung von Mitgliederwerbemaßnahmen
- Schulung von Mitgliedern zu CDU-Kontaktern
- Aktion "Mitgliederwerbung leicht gemacht" mit Aufruf des Generalsekretärs im Deutschen Monatsblatt
- Wandzeitung "An alle, die für die CDU sind"
- Mitgliederwerbeprospekt "Die Zeit ist reif.... Werden Sie Mitglied in Deutschlands großer Volkspartei"
- Aktionsvorschläge im UfD, beispielsweise "Mitgliederwerbung bei der Europa-Woche der CDU"
- Bereitstellen von Informationsmaterial für Mitgliederwerbemaßnahmen
- Willkommensscheckhefte

Der Versand der Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle erfolgt über das IS-Versandzentrum in Gütersloh. Das Bestellwesen wird systematisch über EDV abgewickelt.

#### 4. Wahlkampf

Mit dem Ziel, die Erfahrungen des Bundestagswahlkampfes 1976 auszuwerten und für die künftige Arbeit zu nutzen wurde zu Beginn des Berichtszeitraumes eine "Arbeitsgruppe für Wahlkampffragen" von der Landesgeschäftsführerkonferenz eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe hat nach mehreren Sitzungen ihren Auftrag erfüllt und die Ergebnisse werden seither in der praktischen Arbeit berücksichtigt.

##### Unterstützung wahlkampfführender Landesverbände

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle war an der Vorbereitung und Konzipierung der Wahlkämpfe in Hamburg, Niedersachsen und Hessen beteiligt. Das gleiche gilt für Berlin und Rheinland-Pfalz sowie für den Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein.

##### Europawahlkampf

In Abstimmung mit den Landesgeschäftsführerkonferenzen sind die Vorbereitungen des Europawahlkampfes abgeschlossen. Der Wahlkampf befindet sich nach Ablauf der Einstimmungsphase bereits in der Vorwahlphase.

Auf den drei Regionalkonferenzen in Mannheim, Köln und Hamburg wurden in einem Maßnahmenkatalog die Aktionen und Vorschläge der Bundespartei vorgestellt.

Im Rahmen der Einstimmungsphase wurde die Mobilisierungsaktion I "CDU für Europa" sowie eine öffentliche Einstimmungsaktion durchgeführt.

## Mobilisierungsaktion I "CDU für Europa"

Auftakt der Mobilisierungsaktion I war der 26. Bundesparteitag im Oktober 1978 in Ludwigshafen. Die Aktion stand unter dem

Motto:

Politik für die Freiheit -  
Glück für die Menschen -  
CDU für Europa

Die Mobilisierungsaktion I hatte zwei Hauptziele:

Einstimmung der Mitglieder auf den bevorstehenden Europawahlkampf und die Mobilisierung ihres Einsatzes für die CDU in diesem Wahlkampf.

Im Deutschen Monatsblatt (Ausgabe November 1978) sind alle Mitglieder der CDU über die Bedeutung der Europawahl und die bisher herausgegebenen Informations- und Werbemittel für den Wahlkampf informiert worden. Dem Monatsblatt lag auch ein Autoaufkleber "CDU für Europa" bei. Zugleich wurden alle Parteimitglieder aufgefordert, sich an einem Wettbewerb zu beteiligen, bei dem der Slogan für den Hauptwahlkampf gefunden werden sollte. Dieser Aufruf wurde im Deutschen Monatsblatt Ausgabe Dezember 1978 wiederholt.

Ein Aktionsblatt "Flagge zeigen - für Europa werben", das alle Werbemittel und Aktionsvorschläge enthält, wurde allen Gliederungen der CDU, auch den Vorsitzenden der Stadt-, Stadtbezirks- und Gemeindeverbänden, zugesandt. Sowohl das Aktionsblatt als auch der Sonderteil des Deutschen Monatsblattes enthielten ein Bestellformular, mit dem jedes CDU-Mitglied die Materialien bestellen kann, die für die eigene Argumentation, aber auch zur Verteilung geeignet sind.

## Öffentliche Einstimmungsaktion

Die öffentliche Einstimmungsaktion war eine in sich geschlossene, kurzfristige Kampagne, die sich schwerpunktmäßig an ausgewählte Meinungsbildner wendet.

Mit dieser Aktion sollte die Initialzündung für den Europawahlkampf der CDU erreicht werden, indem über die Meinungsbildner indirekt eine breite Öffentlichkeit angesprochen wurde.

Die Aktion bestand aus zwei Komponenten:  
Anzeigen und Aussendungen (Direct-Mail)

Die Anzeigen erschienen in der zweiten Januarwoche im Spiegel, der FAZ und der Welt. Die Anzeigen enthielten die Aufforderung, telefonisch oder schriftlich das Informationsmaterial der CDU zum Europawahlkampf anzufordern. Über 500 Anrufe in einer Woche und mehr als 3.000 Anforderungen belegen den Erfolg dieser Aktion.

Die Direct-Mail-Aktion richtete sich an einen ausgewählten Kreis von Führungskräften aus Wirtschaft und Gesellschaft sowie an Redakteure. Sie enthielt Informationen zur Europawahl, die besonders auf die Bedürfnisse der Adressaten zugeschnitten waren.

Auf dem Europaparteitag in Kiel werden der Partei die Werbemittel des Hauptwahlkampfes vorgestellt. Die Bundespartei wird den Kreisverbänden von allen wichtigen Werbemitteln des Hauptwahlkampfes eine hohe Grundausstattung zuschicken. Die Verteilung dieser Grundausstattung auf die einzelnen Kreisverbände wird mit den Landesverbänden abgestimmt. Darüber hinaus werden den Kreisverbänden alle Materialien mit Ausnahme der Aktionszeitung zusätzlich zum Kauf angeboten.

Folgende Materialien stehen den Kreisverbänden im Hauptwahlkampf zur Verfügung:

- Illustrierte, Umfang 12 Seiten  
zur Verteilung ab Ende März
- Aktionszeitung, Umfang 4 Seiten  
zur Verteilung ab Anfang Mai
- Autoaufkleber
- Plakate, 2 Motive  
jeweils in den Formaten DIN A 0 und DIN A 1
- Reprovorlagen für Rahmenflugblätter
- Reprovorlagen für Rahmenanzeigen
- Plakatüberkleber
- Broschüren
- Poster (werden grundsätzlich zum Verkauf angeboten)

#### Zentrale Maßnahmen der Bundespartei

##### -Anzeigen

Die Bundespartei wird während des Hauptwahlkampf Anzeigen schalten in:

überregionalen Tageszeitungen

meinungsbildenden bzw. Wochenzeitungen

regionalen Tageszeitungen

Kaufzeitungen bzw. Boulevardzeitungen

Publikumszeitschriften bzw. Illustrierten

Supplements (Beilagen mit Fernsehprogramm in Tageszeitungen)

In den Kaufzeitungen und in den meinungsbildenden Zeitungen werden auch schon im Vorwahlkampf Anzeigen geschaltet.

#### -Zeitungsbeilage und Hausverteilung

Ein illustrierter Prospekt wird in hoher Auflage zentral gestreut:

- a) als Beilage in einigen weitverbreiteten Zeitungen
- b) als Zeitungsbeilage in wichtigen Bereichen ländlicher Gebiete
- c) über Hausverteilung in ausgewählten Großstädten

Grundsätzlich geht die Bundespartei davon aus, daß die 18,5 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik (ohne Bayern und Berlin) mit dieser zentral gestreuten Beilage, der Wahlkampf-illustrierten und der Aktionszeitung 2 mal erreicht werden.

#### -Zentrale Plakatierung

Die Bundespartei hat Plaktflächen für zwei Dekaden vor dem Wahltermin belegt.

#### -Fernseh- und Hörfunkspots

Die Fernseh- und Rundfunkanstalten werden auch im Europawahlkampf den Parteien voraussichtlich Sendezeiten zur Verfügung stellen. Sobald die Termine feststehen, werden sie bekanntgegeben.

#### -Zielgruppenkampagnen

In enger Zusammenarbeit mit der CDU-Frauenvereinigung, der Jungen Union und der CDA werden von der Bundespartei besondere Aktionen für Frauen, Jugendliche und Arbeitnehmer geplant.

#### -Sonderkampagne

In verschiedenen Städten der Bundesrepublik Deutschland werden unter Mitwirkung der Landesverbände und der Vereinigungen der CDU politische Sonderveranstaltungen durchgeführt.

## Zusammenarbeit mit den befreundeten Parteien in der Europäischen Volkspartei (EVP)

Der Europawahlkampf der CDU wird ergänzt durch Materialien der Europäischen Volkspartei. Hierzu gehören ein Film über die EVP, ein Plakat der EVP sowie die EVP-Illustrierte. Die EVP-Illustrierte ist das erste Werbemittel, das von zwölf christlich-demokratischen Parteien in sieben Ländern in der jeweiligen Landessprache mit gleicher Aufmachung eingesetzt wird - von Irland bis Sizilien.

## Büro für die Europawahl

Am 1. Juni 1978 wurde das Büro für die Europawahl eingerichtet. Es war zu erwarten, daß im Zusammenhang mit der Direktwahl zum Europäischen Parlament unvorhergesehene und zum Teil neuartige Aufgaben auf die CDU-Bundesgeschäftsstelle zukommen würden. Hierfür mußte eine besondere organisatorische Einheit geschaffen werden. So hat es sich etwa als notwendig erwiesen, den Wahlkampf organisatorisch und inhaltlich mit den befreundeten Parteien in den übrigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft abzustimmen, um eine größtmögliche Wirkung der einzelnen Wahlkampfmaßnahmen zu erreichen und um Widersprüche in den politischen Aussagen zu vermeiden. Gleichzeitig wurde eine verstärkte Beobachtung und Analyse der Aktivitäten der ausländischen Partner des politischen Gegners der CDU wünschenswert, um dort widersprüchliche Aussagen zu lokalisieren und für die eigene Argumentation aufzuarbeiten.

Der Europawahlkampf läßt ein sprunghaftes Ansteigen der Auslandsverpflichtungen der Spitzenpolitiker der CDU erwarten. Das Büro für die Europawahl unterstützt daher die Arbeit des Büros für Auswärtige Beziehungen. Die enge Zusammenarbeit wird gewährleistet durch eine gegenseitige Vertretung der Leiter der beiden Büros.

Einen weiteren Arbeitsbereich des Büros für die Europawahl bildet die Arbeit in den Gremien der Europäischen Volkspartei und der Europäischen Union Christlicher Demokraten.

## 5. Pressearbeit

Der Politik der CDU zu einer umfassenden Resonanz in den Medien zu verhelfen ist Aufgabe der Bundesgeschäftsstelle. Durch Pressekonferenzen, schriftliche Pressemitteilungen und zahllose Einzelgespräche mit Journalisten wird diese Arbeit vom Pressesprecher und dessen Stellvertreter bewältigt. Hinzu kommen Besuche in Redaktionen aller Medien, um die Arbeit der Kollegen vor Ort kennenzulernen und sie unmittelbar über aktuelle politische Themen zu informieren.

Ein besonderes Augenmerk - vor allem angesichts der bevorstehenden Europawahlen - galt den ausländischen Journalisten in der Bundesrepublik Deutschland. Sie bestimmen zu einem wesentlichen Teil das Bild der Deutschen im Ausland mit. Die zahlreichen Auslandskontakte der CDU ließen es geboten erscheinen, daß auch die Auslandsberichterstattung über CDU-Aktivitäten intensiviert wurde.

Zu den speziellen Aufgaben des Sprechers und seines Stellvertreters im Berichtszeitraum gehörten unter anderem die Vorbereitung, Leitung und Nacharbeit von Pressekonferenzen und Hintergrundgesprächen mit CDU-Spitzenpolitikern, die Verbreitung von Reden und Erklärungen führender Unionspolitiker in Form von Pressemitteilungen, die Abgabe von Stellungnahmen zu aktuellen Fragen, Gespräche mit ausländischen Journalisten, die über den Besucherdienst von "Inter Nations" Kontakt zur CDU suchten, die Durchführung eines regelmäßigen Journalistenstammtisches und die publizistische Vorbereitung, Betreuung und Nacharbeit von Kongressen, Fachtagungen und Parteitag der Union.

Besondere Aufmerksamkeit galt der Betreuung von CDU-Spitzenpolitikern in den Landtagswahlkämpfen. Dazu gehört die Vorinformation sämtlicher erreichbarer Medien, insbesondere der Lokalpresse, über bevorstehende Wahlkampfauftritte bis hin zur Pressebetreuung während der Wahlkampfveranstaltungen und der Beschaffung aller über die Veranstaltungen erscheinenden Berichte. Darüber hinaus wurden journalistische Begleitgruppen für Wahlkampfreisen des Vorsitzenden und des Generalsekretärs organisiert und betreut.

Bei den bevorstehenden Europawahlen ging es zunächst einmal darum, den Bekanntheitsgrad der Europakandidaten zu steigern. Die Spitzenkandidaten der Landeslisten nutzten vielfach die angebotene Möglichkeit, Beiträge im Deutschland-Union-Dienst zu veröffentlichen. Außerdem beschaffte sich die Presseabteilung von zahlreichen Europakandidaten Fotos und ausführliche Lebensläufe, die an alle auf Landes- und Bundesebene verbreiteten Organe der Partei oder von Parteigliederungen weitergegeben wurden. Zusätzlich wurden die Bilder und Kurzlebensläufe im Deutschland-Union-Dienst reprofertig abgedruckt, so daß sie von allen interessierten Medien unmittelbar übernommen werden konnte.

Die Kreisgeschäftsführer der CDU erhalten in regelmäßigen Abständen Mustervorlagen für europapolitische Pressemitteilungen, die mit lokalen Bezügen angereichert und an die Lokalpresse weitergegeben werden können.

Im Berichtszeitraum November 1978 bis März 1979 wurden rund 145 schriftliche, in den Bonner Pressehäusern verteilte und zum Teil weitläufig verschickte Mitteilungen durch die Pressestelle herausgegeben. Um die Übermittlung zu beschleunigen, wurden die Telex- und Telekopiereinrichtungen des Konrad-Adenauer-Hauses sehr intensiv genutzt.

Nicht eingerechnet sind dabei die Beiträge des Sprechers und seines Stellvertreters und vieler weiterer Autoren für den "Deutschland-Union-Dienst", die von ihrer Bestimmung her auch als Pressemitteilungen zu werten sind.

Die Pressearbeit geschah in enger Kooperation mit den Pressereferenten der CDU-Landesverbände, der CDU-Landtagsfraktionen und der Sprecher der von der CDU gestellten Landesregierungen. Diese Zusammenarbeit wird durch halbjährliche Treffen aller Pressereferenten mit der Bundesgeschäftsstelle nachhaltig gefestigt.

#### Redaktion "Deutschland-Union-Dienst"

Der "Deutschland-Union-Dienst" erscheint als Tagesausgabe, täglich von montags bis freitags, als Wochenausgabe, jeweils freitags, und als wöchentliche Spezialausgabe für deutschlandpolitische Redaktionen und die Presse der Heimatvertriebenen unter der Bezeichnung "Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentar".

Herausgeber ist der CDU-Bundesvorstand.

Der "Deutschland-Union-Dienst" wurde im Berichtszeitraum ständig aktualisiert, der Nachrichtenteil weiter ausgebaut. Um die besonderen Bemühungen der Redaktion zu unterstreichen und den Benutzern eine rasche Übersicht über den Inhalt des "Deutschland-Union-Dienstes" zu erleichtern, erhielten alle drei Ausgaben Anfang März ein neugestaltetes Titelblatt. In der Tagesausgabe bekam der Nachrichtenteil noch mehr Gewicht als zuvor.

## 6. Medienpolitik

Die Medien sind insbesondere für eine Oppositionspartei von besonderer Bedeutung.

Die medienpolitische Arbeit der Bundesgeschäftsstelle war geprägt durch konzeptionelle Vorarbeiten für den Bereich der neuen Informationstechnologien.

### 1. Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU

Der Koordinierungsausschuß hat die Aufgabe, die medienpolitischen Aktivitäten von CDU und CSU zu koordinieren, Konzeptionen zu den einzelnen Sachgebieten im Medienbereich zu erarbeiten, Trends festzustellen und eine einheitliche Sprachregelung innerhalb der CDU/CSU zu allen aktuellen kommunikationspolitischen Fragen zu erreichen.

Neben der Grundlagenarbeit für die Kabelkommunikation und speziell der Pilotprojekte haben im Koordinierungsausschuß zahlreiche Expertenvorschläge sowie Gespräche mit den für diese Fragen zuständigen Fachleuten und Leitern der Staatskanzleien der unionsregierten Länder stattgefunden, um für die Entscheidung über die Pilotprojekte einen Konsens unter den Ministerpräsidenten der CDU mitvorzubereiten. Der rasche technische Fortschritt bei der elektronischen Kommunikation (Kabelkommunikation, Fernsehen, Satellitenrundfunk) und die bisher nicht mögliche Nutzung neuer Kommunikationssysteme durch private Veranstalter hatte zur Folge, daß der Ausschuß in der Beschäftigung mit dieser Materie den Schwerpunkt seiner Arbeit sah.

Der Koordinierungsausschuß ist im Berichtszeitraum mit seinen Vorstellungen, teilweise in Papieren präziert, in Pressekonferenzen vor die Öffentlichkeit gegangen. So hat der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Christian Schwarz-Schilling MdB, u.a. die Stellungnahme zur "Pressekonzentration", die "medienpolitischen Forderungen der Union für die Pilotprojekte" und die "Vorschläge zur Verstärkung der Medienarbeit auf Landesebene" vor der Presse erläutert.

Mit gleicher Intensität hat der Koordinierungsausschuß Probleme der "Nachwuchsförderung", der "Gebührenpolitik" des "kritischen Fernsehens" und der "Filmpolitik" diskutiert und seine Beurteilung der gegebenen Fakten von eigens hierfür eingesetzten Arbeitsgruppen erarbeiten lassen.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Verstärkung der Medienarbeit der Partei auf Landesebene. Hierzu hat der Koordinierungsausschuß Vorschläge entwickelt, die vom Bundesvorstand am 5. Juni 1978 und vom Bundesausschuß der CDU am 12. Juni 1978 gebilligt wurden.

## 2. Hörfunk und Fernsehen

Um das häufig von gegenseitigen Vorurteilen bestimmte Verhältnis zwischen der Partei und den Journalisten und anderen Rundfunkmitarbeitern zu entkrampfen und nachhaltig zu verbessern, gehört die Kontaktpflege zu Rundfunkleuten zu den wichtigsten Aufgaben.

## 3. Presse

Der Arbeitskreis "Presse" hat im Berichtszeitraum nach gründlichen Beratungen eine Aussage zur Pressekonzentration vorgelegt. Im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Kommunikationstechniken beschäftigte sich der Arbeitskreis eingehend mit der organisationsrechtlichen Zuordnung der elektronischen Zeitung.

Redaktionsbesuche und Einzelgespräche führten zu einer regen Kommunikation und einer Verbesserung der sachlichen und menschlichen Beziehungen zwischen der Union und den Print- wie den elektronischen Medien.

#### 4: Programmebeobachtung

Die Programmebeobachtung politischer Fernsehsendungen wurde fortgesetzt und in knappen Analysen ausgewertet. Diese Information unterrichten die Führung über die behandelten Sachfragen und Trends und entsprechen damit einem Grundbedürfnis nach möglichst umfassender Unterrichtung über das Angebot auf diesem Sektor des allgemeinen Medienmarktes.

## 7. Auswärtige Beziehungen

Der gewachsenen Bedeutung der Auslandsarbeit der Partei hat die Bundesgeschäftsstelle mit neuformulierten Arbeitsschwerpunkten Rechnung getragen:

- die verstärkte Auslandsarbeit von Bundespartei, Bundestagsfraktion, Vereinigungen und CDU-Landesverbänden politisch und organisatorisch zu koordinieren
- die Auslandsarbeit stärker in die Sacharbeit der Geschäftsstelle einzubinden
- die Dienstleistungsfunktion des Büros für Auswärtige Beziehungen über den Bereich Bundesvorstand und Bundestagsfraktion hinaus auf Vereinigungen und weitere Gliederungen der Partei auszudehnen.

Im Rahmen einer Neukonzipierung des Büros für Auswärtige Beziehungen besteht seit September 1977 ein Koordinierungsausschuß Auslandsarbeit unter Leitung des Generalsekretärs, dem Kai-Uwe von Hassel als Beauftragter des Präsidiums für die multilaterale Parteilienzusammenarbeit, Dr. Marx als Vorsitzender des Arbeitskreises V der Fraktion, Dr. Klepsch als Vorsitzender der christlich-demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Dr. Heck als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen angehören. An den Arbeiten des Ausschusses nimmt auch der Bundesschatzmeister teil. Der Ausschuß tritt monatlich zusammen.

Ein Instrument der koordinierten Auslandsarbeit war das verstärkte Angebot an die Führungsgremien der Partei und die Mitglieder der Bundestagsfraktion, Auslandsreisen inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten. Hierzu dienten Informationsaufzeichnungen, Gesprächsvorschläge, Kontaktvermittlung bis hin zur vollständigen Programmgestaltung einschließlich der logistischen Erfordernisse. Wie für die Bearbeitung der umfangreichen

fremdsprachigen Korrespondenz bedient sich das Büro hierbei seiner eigenen Sprachkenntnisse in Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Russisch, Portugiesisch, Malayisch und Indonesisch. Seit Anfang 1978 wurde das Angebot inhaltlicher und organisatorischer Unterstützung graduell auf die Vereinigungen und Landesverbände ausgedehnt und erfasste auch subsidiär die Kreisverbände. Ein Schwerpunkt im Bereich der Landes- und Kreisparteien ist die Hilfestellung beim Aufbau internationaler Parteienpartnerschaften und die Ausstattung mit fremdsprachigen Informationsmaterialien der Bundesgeschäftsstelle.

Die transnationale Parteienarbeit wird heute immer mehr - besonders aber im Vorfeld der Europawahlen - zu einem bedeutsamen Arbeitsinstrument der Parteien. Sie ist inzwischen zu einer eigenständigen Dimension der Außenpolitik unterhalb des diplomatischen Verkehrs der Regierung anerkannt.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat diesem Bedeutungssprung der transnationalen Parteienzusammenarbeit gerade im vergangenen Jahr durch einen erheblichen Ausbau auf diesem Feld Rechnung getragen. Dabei hat sie auch den Kreis ihrer Partner ausgeweitet. Erstmals sind z.B. mit der Union de Centro Democratico Spaniens und der Progressive Conservative Party in Kanada freundschaftliche Arbeitsbeziehungen aufgenommen. Informell wurden Beziehungen zur griechischen Regierungspartei Nea Demokratia angebahnt. Derzeitig werden Überlegungen angestellt, Kontakte zur zyprischen konservativen Partei anzuknüpfen. Die CDU trägt damit der wachsenden politischen Bedeutung der Mittelmeerländer im Rahmen einer gesamteuropäischen Politik Rechnung und verfügte, solange das Centro Democratico Social in Portugal der Regierungskoalition angehörte, über Erkenntnisse- und Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit den Regierungsparteien der drei EG-Beitrittsländer. Mit anderen wichtigen Parteien wurde die Zusammenarbeit merklich vertieft. Zu nennen sind besonders die institutionalisierte Zusammenarbeit mit der Democrazia Cristiana (1. Sitzung einer gemeinsamen Kommission im Juli 1977), mit der venezolanischen COPEI

(1. Sitzung einer gemeinsamen Kommission unter Beteiligung der CDU im Oktober 1977) und die intensivierete Zusammenarbeit mit den britischen Konservativen (Besuch von Generalsekretär Dr. Geißler im November 1977, Aufnahme regelmäßiger Arbeitssitzungen zwischen den politischen Abteilungen der beiden Parteigeschäftsstellen). Mit der verstärkten Einbindung der anderen Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle verbindet sich die Absicht, auch die bilateralen Parteienbeziehungen verstärkt zu nutzen und aus der inhaltlichen Arbeit der Partnerparteien Ideen und Erfahrungen für die programmatische und tagespolitische Arbeit der CDU aufzunehmen.

Auf multilateraler Ebene ist ein stärkeres Engagement bei der Weltunion Christlicher Demokraten, besonders in den Arbeitsbereichen Menschenrechte und Entwicklungspolitik hervorzuheben. Bei den Arbeiten der Europäischen Union Christlicher Demokraten, der Europäischen Volkspartei und der Gründung der Europäischen Demokratischen Union oblag dem Büro für Auswärtige Beziehungen die inhaltliche Federführung und die Sicherung der Präsenz der CDU. Das schloß die Vorbereitung und Wahrnehmung der Sitzungen der Politischen Bureaus von EUCD und EVP und die jeweils anschließende Unterrichtung der Parteiführung von den Arbeiten und Beschlüssen der beiden multilateralen Parteienorganisationen ein. In gleicher Weise wurden auch die Unterausschüsse von EUCD und EVP betreut. Das Büro übernahm auch die organisatorische und inhaltliche Ausrichtung des XX. Kongresses der EUCD in Berlin (Juni 1978), bei dem Kai-Uwe von Hassel als Präsident wiedergewählt wurde. Für den EVP-Kongress im März 1978 in Brüssel zeichnete das Büro für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Betreuung verantwortlich, soweit es die Kongressdelegierten der CDU betraf.

Die Europäische Demokratische Union, sichtbarer Ausdruck des Willens der CDU, christlich-demokratische, konservative und andere europäische Parteien der Mitte auf der Basis gleichgelagerter Werte und Ziele schrittweise zusammenzuführen, hat mit ihrer Gründung im April 1978 den Kreis der schon bisher betreuten Organisationen erweitert. Gemeinsam mit der CSU und in enger Zusammenarbeit, insbesondere mit der Österreichischen Volkspartei, den britischen Konservativen und den skandinavischen Parteien, wurden die Vorarbeiten intensiv betrieben. Im Gegensatz zur EVP

ist die EDU als bloße Arbeitsgemeinschaft konzipiert und besitzt gegenüber der EYP nur eine lockere Organisationsform. Die 17 bei der EDU-Gründung, zumeist durch ihre Parteiführer vertretenen Parteien haben den Charakter einer Arbeitsgemeinschaft auch dadurch unterstrichen, daß sie die Einrichtung von vier Unterausschüssen beschlossen haben, die intensiv an gemeinsamen Problemlösungen arbeiten. Der unter deutscher Federführung wirkende Unterausschuss "Europäische Strukturen" wird, soweit die CDU befasst ist, vom Büro betreut.

## 8. Justitiar

Neben der Bearbeitung von Rechtsfragen, insbesondere im Zusammenhang mit Wahlkämpfen, beriet und unterstützte der Justitiar der Bundesgeschäftsstelle auch Gebietsverbände und Vereinigungen der Partei, vornehmlich bei Satzungsfragen.

### 1. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Bundesregierung wegen Einsatz von Haushaltsmitteln im Wahlkampf.

Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts hat am 2. März 1977 in dem Verfassungsrechtsstreit (Organklage) der CDU gegen die Bundesregierung wegen deren Einmischung in den Bundestagswahlkampf 1976 folgendes Urteil verkündet:

"Die Bundesregierung hat dadurch gegen Artikel 20, Absatz 1 und Absatz 2, Satz 1, des Grundgesetzes und den Grundsatz der Chancengleichheit bei Wahlen (Artikel 21, Absatz 1, 38 Absatz 1 des Grundgesetzes) verstoßen, daß sie vor der Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976 durch Anzeigenserien, Faltblätter und sonstige Publikationen werbend in den Wahlkampf eingegriffen und keine Vorkehrungen dagegen getroffen hat, daß von ihr für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit unter Einsatz von Haushaltsmitteln hergestellte Druckwerke in großem Umfange von den die Regierung tragenden Parteien als zusätzliches Wahlkampfmaterial bezogen und verwendet worden sind.

Die Bundesrepublik Deutschland hat der Antragstellerin die notwendigen Auslagen zu erstatten."

Im Zusammenhang mit der eingeleiteten Kostenerstattung hat der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts am 18.4.1978 auf Antrag der CDU den Gegenstandswert für deren Prozeßbevollmächtigten festgesetzt.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat zusammen mit dem Bundesverfassungsgericht - sowie in Abstimmung mit der CDU - im

C.F. Müller Verlag, Karlsruhe, eine vollständige Dokumentation des Verfahrens und seiner Materialien herausgegeben. Alle Betroffenen sowie die interessierte Öffentlichkeit haben damit die Möglichkeit, sich über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2.3.1977 zur Öffentlichkeitsarbeit von Staatsorganen in Bund und Ländern zu unterrichten.

## 2. Erfolgreiche Erledigung von Rechtsstreitigkeiten

Inzwischen sind alle im Bericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle für den 25. Bundesparteitag Düsseldorf auf Seite 72 erwähnten Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf 1976 sowie mit der Dokumentation "Der Mißbrauch gewerkschaftlicher und politischer Macht durch SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre" abgeschlossen. Die damals noch offen gewesenen Verfahren konnten in der Regel für die CDU erfolgreich zu Ende geführt werden.

## 3. Europawahl

Angesichts der bevorstehenden ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979 und der Beratung und Verabschiedung des Europawahlgesetzes und der Europawahlordnung berieten wir die CDU-Landesverbände bezüglich der satzungsrechtlichen Gestaltung der Kandidatenaufstellung bei der vom CDU-Bundesvorstand beschlossenen Einreichung von verbundenen Landeslisten der CDU.

## 4. Anpassungen von Satzungen der Landesverbände

Mehrere Landesverbände haben - unter Beratung durch den Justitiar - in Befolgung eines Beschlusses des 23. Bundesparteitages vom 23.6.1975 ihre Satzungen und sonstigen Rechtsvorschriften an das Statut, die Finanz- und Beitragsordnung sowie die Parteigerichtsordnung der CDU angepaßt. Außerdem haben - unter Beratung durch den Justitiar - die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV)

sowie die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU umfassende und inzwischen vom Bundesausschuß der CDU genehmigte Satzungsänderungen beschlossen. Die CDU-Bundespartei hat ferner die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) sowie die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU erfolgreich bei der Führung von Musterprozessen unterstützt. Schließlich wurden an zahlreiche Kreisverbände schriftliche oder mündliche Rechtsauskünfte erteilt; soweit es dabei um noch anhängige Rechtsstreitigkeiten aus dem Bundestagswahlkampf 1976 ging, konnten auch diese Verfahren erfolgreich für die CDU abgeschlossen werden.

## 9. Personalwesen

Die Aufgaben der Bundesgeschäftsstelle sind seit Beginn der 70er Jahre beträchtlich erweitert worden. Entsprechend wurde eine Professionalisierung der Personalwirtschaft notwendig.

Die Abteilung Personal hat seit ihrer Einrichtung im Jahre 1973 ein kontinuierliches Arbeitsprogramm durchgeführt. Dabei standen zwei Aufgaben im Vordergrund:

- die Erarbeitung und Entwicklung einheitlicher Arbeitsvertragsbedingungen für die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle
- die Personalpflege und Personalwerbung sowie die Anpassung der Personalstruktur an veränderte Organisations- und Aufgabenstrukturen.

Es wurden insbesondere das Dienstleistungsangebot an die Gliederungen der Partei und die Leistungsfähigkeit der politischen Abteilungen vergrößert. Ein Sonderteil umfaßte zwei Projekte: die Aus- und Weiterbildung hauptamtlicher Mitarbeiter speziell auf lokaler und regionaler Ebene sowie die Betreuung einer Arbeitsgruppe, die beauftragt ist, Grundlagen eines personalpolitischen Konzepts für in parteispezifischen Arbeitsbereichen tätige Funktionsträger zu entwickeln. Diese Projekte, die in Zusammenarbeit mit den Landesgeschäftsstellen durchgeführt werden, dienen prinzipiell den gleichen Zielsetzungen, der Verbesserung der Parteiarbeit und der Professionalisierung der Personalwirtschaft. Beide Projekte gehen von der Voraussetzung aus, daß es erforderlich ist, den hauptamtlichen Mitarbeitern der Partei, insbesondere denen, die einen für die Partei typischen "administrativen Organisationsberuf" ausüben, eine einheitliche Berufsordnung anzubieten.

Mit dem Aus- und Weiterbildungsprogramm, einer insgesamt fünfwöchigen Seminarfolge, ist der Versuch unternommen worden, in die Grundlagen der praktischen Parteiarbeit einzuführen. Der Lernstoff beschränkt sich auf Hauptaufgabengebiete, wird theoretisch aufgerissen und anhand von Fall-

beispielen exemplarisch dargestellt und aufgearbeitet und auf seine praktische Bedeutung unter unterschiedlichen organisatorischen Bedingungen geprüft.

Das seit 1973 veranstaltete Programm, das allgemein als erfolgreich beurteilt wird, hat sich als zweckdienliches Instrument erwiesen. Es hat erkennbar gemacht, was zur beruflichen Einführung und Qualifizierung erforderlich ist und was ein aufgabenorientiertes Schulungsprogramm leisten kann. Seine Fortführung und Spezialisierung ist gesichert.

Das zweite Projekt ist - wie das erste auch - ein Gemeinschaftsvorhaben der Parteiorganisation. Zielvorstellung ist die Entwicklung eines generell gültigen Rahmenkonzepts für die Ordnung des Personalwesens. Diese Entwicklung hatte eine zunehmende Differenzierung der Organisationsstruktur des Hauses zur Folge sowie einen Zuwachs vor allem des spezialistisch tätigen Personals. Es wurde erforderlich, die stellenplanmäßig ausgewiesenen Positionen funktional zu bewerten und zu systematisieren, die Arbeitsvertragsgrundlagen einheitlich festzulegen und eine an Funktions- und Leistungskriterien orientierte Vergütungsordnung einzuführen. Es mußten Regelungen getroffen werden, die sicherstellen, daß die Bundesgeschäftsstelle ein wettbewerbsfähiges Arbeitsplatzangebot machen und ihren Mitarbeitern ihren Fähigkeiten entsprechende Aufgaben und Entwicklungschancen zur Verfügung stellen kann. Hierbei waren standortbedingt die besonderen Bedingungen des lokalen, vom öffentlichen Dienst dominierten Arbeitsmarkts zu berücksichtigen.

In den Jahren 1975 und 1976 sind diese Grundlagen eines personalpolitischen Konzepts geschaffen worden. Geschäftsleitung und Betriebsrat haben sie in einer gemeinsamen Kommission erarbeitet und vereinbart, daß auch die Aufgabe der Weiterentwicklung gemeinsam erfüllt wird. Die bisher vorliegenden Erfahrungen weisen aus, daß ein funktionsfähiges, den praktischen Erfordernissen gerecht werdendes System eingeführt worden ist. Auch die Bedingung hinreichender Flexibilität, die für seinen Ausbau wünschenswert erscheint, ist offensichtlich gegeben. Wie sich bereits gezeigt hat, wird es auch zukünftig entscheidend dar-

auf ankommen, daß die dem Konzept zu Grunde gelegten Grundsätze konsequent durchgehalten werden.

Fragen des Berufsbildes, der Berufsordnung und der Anstellungsvoraussetzungen und -bedingungen einschließlich der Berufsvorbereitung und der berufsbegleitenden Weiterbildung.

Die von der Kommission bisher erarbeiteten Grundlagen umfassen Vorschläge zu den einzelnen Komplexen in allgemeiner Form. Nach redaktioneller Überarbeitung und Zusammenfassung werden sie als Diskussionsgrundlage zur Entscheidungsfindung dienen.

## Anhang

- Arbeit der Bundesfachausschüsse
- Medienpolitische Konzeptionen und Veranstaltungen
- Werbemittel, die im Berichtszeitraum von der Bundesgeschäftsstelle angeboten wurden
- Taschenbücher
- Wahlreisen und Veranstaltungen des Bundesvorsitzenden Dr. Kohl
- Mitgliederstatistik

## Die Arbeit der Bundesfachausschüsse

### 1. Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vors.: Heinz Schwarz MdB

Anzahl der Sitzungen: 7

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Aktualisierung der Thesen der CDU zur Inneren Sicherheit
- Aktualisierung des Konzeptes der CDU zur Ausländerpolitik
- Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst (Auftrag des 25. Bundesparteitages der CDU)
- Personenschutz
- Personalprobleme der Polizei
- Asylverfahren
- Reform des öffentlichen Dienstes (Auftrag des 25. Bundesparteitages der CDU)
- Fachhochschulen für den gehobenen öffentlichen Dienst
- Bürgerinitiativen
- Stellungnahme zur Kriminalstatistik 1977
- Stellungnahme zum Grundsatzprogrammentwurf
- Stellung der Frau in der Polizei
- Ausgliederung öffentlicher Aufgaben aus der allgemeinen Verwaltung
- Thesen zur Inneren Sicherheit in der Europäischen Gemeinschaft

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Verbändeproblematik
- Datenschutz
- Wahlrecht
- Gesetzeskosten
- Polizeireserve
- Europol
- Fälschungssichere Ausweispapiere
- Einheitliches Polizeigesetz
- Laufbahnrecht der Polizei

- Privates Bewachungsgewerbe
- Rauschgiftkriminalität
- Mitwirkung im kommunalen Bereich
- Abgrenzung der Zuständigkeit von Polizei und Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren

Es fanden Gespräche mit Vertretern der Gewerkschaft der Polizei und dem Bund der Kriminalbeamten zum Thema "Innere Sicherheit" statt.

### Arbeitsgruppen

- Innere Sicherheit  
 Vors.: Karl Heinz Schmitz MdA  
 Anzahl der Sitzungen:  
 Arbeitsgruppe: 9  
 Polizeiarbeitskreis: 1 Sitzung, 1 Seminar in Eichholz
- Mitwirkung im kommunalen Bereich/Bürgerinitiativen  
 Vors.: Dr. Dieter Fuchs  
 Anzahl der Sitzungen: 9
- Ausgliederung öffentlicher Aufgaben aus der Verwaltung  
 Vors.: Dr. Bernd Lemhöfer  
 Anzahl der Sitzungen: 4
- Verwaltungsinterne Fachhochschulen  
 Vors.: Gerulf Herzog  
 Anzahl der Sitzungen: 5
- Wahlrecht  
 Vors.: Franz Heinrich Krey  
 Anzahl der Sitzungen: 1
- Reform des öffentlichen Dienstes  
 Vors.: Staatssekretär Alois Schreiner  
 Anzahl der Sitzungen: 3

## 2. Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ) -

Vors.: Friedrich Vogel MdB

2 Mitgliederversammlungen

Vorstand und Koordinierungsausschuß

Vors.: Friedrich Vogel MdB

Anzahl der Sitzungen: 7

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Leitsätze zur Vereinheitlichung der öffentlich-rechtlichen Verfahrensordnungen
- Entschließungsantrag für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Bericht der Enquete-Kommission "Verfassungsreform" des Bundestages
- Grundsätze der CDU und gesetzliche Änderungsvorschläge zur Reform des Rechts der elterlichen Sorge
- Thesen und Gesetzentwurf der CDU für eine gesetzliche Regelung der außergerichtlichen Rechtsberatung und Vertretung von Bürgern mit geringem Einkommen
- Leitsätze zur Beteiligung von Kartellbehörden an UWG-Rechtsstreitigkeiten
- Thesen zur Reform des Staatshaftungsrechts
- Stellungnahme zum Entwurf eines Transsexuellengesetzes

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Ehescheidungsrecht
- Familiengerichte
- Sachverständige im Prozeß
- Verbandsklage
- Bürgerinitiative
- Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus
- Verteidigerüberwachung
- Jugendstrafvollzug

- Juristenausbildung
- Deutscher Juristentag
- Aussetzung der Strafe bei lebenslanger Freiheitsstrafe
- Aufhebung der Verjährung bei Mord
- Privatrechtliche Ahndung des Ladendiebstahls
- Abgrenzung der Zuständigkeit von Polizei und Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren

Der BACDJ führte am 18./19. Mai 1978 in Karlsruhe den 2. rechtspolitischen Kongreß durch.

In Zusammenarbeit mit der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde vom 23. bis 26. November 1977 eine wissenschaftliche Arbeitstagung zum Thema "Sachverständige im Prozeß" veranstaltet.

BACDJ-Informationsdienst: 5 Ausgaben

#### Fachkommissionen

- Ehe- und Familienrecht

Vors.: Prof. Dr. Wilfried Schlüter

Anzahl der Sitzungen: 9

- Verbraucherschutz (in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis der Juristen der CSU)

Vors.: Staatsminister Dr. Karl Hillermeier MdL

Anzahl der Sitzungen: 3

- Armenrecht/Rechtsberatung

Vors.: Präsident Dr. Wolfgang Böning

Anzahl der Sitzungen: 5

- Jugendstrafvollzug

Vors.: Dr. Traugott Bender MdL

Anzahl der Sitzungen (Fachunterkommission): 3

- Staatshaftungsrecht

Vors.: Prof. Dr. Hans H. Klein MdB

Anzahl der Sitzungen: 3

- 2. Rechtspolitischer Kongreß

Vors.: Minister Otto Theisen MdL

Anzahl der Sitzungen: 2

- Verfassungsreform der CDU und CSU

Vors.: Dr. Carl Otto Lenz MdB

Anzahl der Sitzungen: 8

### 3. Bundesfachausschuß Kulturpolitik

Vorsitzender: Kultusminister a.D. Werner Scherer MdL

Anzahl der Sitzungen: 16

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Formulierungshilfe für den bildungspolitischen Teil des Grundsatzprogramms der CDU
- Entwurf eines Programms "Zukunftschancen der Jugend" (für die Sitzung des Bundesausschusses am 12.6.1978)
- Lehraufträge an Pädagogischen Hochschulen zur Ostkunde (Auftrag des 25. Bundesparteitages der CDU)
- Personalvorschlag für einen Bundesbeauftragten der CDU für politische Bildung (Auftrag des 25. Bundesparteitages der CDU)
- Entwurf eines Programms "Europa-Zukunft der jungen Generation, Schwerpunkte einer europaorientierten Kulturpolitik"

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Auswärtige Kulturpolitik
- schulische Probleme von Kindern ausländischer Arbeitnehmer
- Kooperative Schulen in Nordrhein-Westfalen
- Bundesausbildungsförderungsgesetz
- Berufsgrundbildungsjahr und 10. Schuljahr
- Neuordnung der Hochschullehrerbesoldung
- Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes
- Strukturbericht der Bundesregierung (Föderalismuskritik)
- Hochschulrahmengesetz (Hochschulgesetznovellierung in den Ländern; Studienreform)
- Neuordnung des Hochschulzugangs

- wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Marxismus an den Hochschulen
- Positionspapier zur politischen Erwachsenenbildung
- Zusammenarbeit mit Künstlern
- Situation der Fachhochschulen
- Bildungspolitik unter langfristigen Perspektiven
- Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Graduiertenförderung
- Leitsätze zur Schulpolitik (Auftrag des 26. Bundesparteitages der CDU)
- Schulleiter auf Zeit
- Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes

In Zusammenarbeit mit dem BFA Jugendpolitik wurde am 21./22. Oktober 1977 in Hamburg der Kongreß "Zukunftschancen der jungen Generation" veranstaltet. Ein Hearing mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften führte der Ausschuß durch zu dem Thema "Zukunftsorientierte Berufe".

#### 4. Bundesfachausschuß Jugendpolitik

Vors.: Hermann Kroll-Schlüter MdB

Anzahl der Sitzungen: 11

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Programm "Zukunftschancen der Jugend"

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Grundsatzprogramm der CDU (familien- und bildungspolitische Aussagen)
- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- Recht der elterlichen Sorge

- Jugendhilfegesetz
- außerschulische Jugendbildung
- Bundesausbildungsförderungsgesetz
- Internationales Jahr des Kindes
- Pflegekinderwesen
- kommunale Jugendpolitik
- Europawahlen
- Jugendreligionen
- Deutscher Jugendhilfetag in Köln (Nov. 1978)

In Zusammenarbeit mit dem BFA Kulturpolitik wurde am 21./22. Oktober 1977 in Hamburg der Kongreß "Zukunftschancen der jungen Generation" veranstaltet.

#### 5. Bundesfachausschuß Sport

Vors.: Dr. Wolfgang Schäuble MdB

Anzahl der Sitzungen: 8

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Stellungnahme der CDU zur Humanität im Leistungssport
- Sozialisation und Sport / Sport für Behinderte, ältere Mitbürger und jugendliche Strafgefangene
- Rahmen-Leitlinien zur kommunalen Sportförderung
- Internationale Sportbeziehungen
- Änderung der Approbationsordnung
- Thesen der CDU zur Förderung des Leistungssports

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Verhältnis des öffentlichen Sportangebots zur Vereinsarbeit
- Schulsportprogramm
- Probleme des Wassersports
- Internationale Sportpolitik

- Sportkongreß der CDU
- Sportförderung in Vereinen
- Sport für Behinderte

Gespräche mit Sportverbänden zu den Themen:

- Förderung der Vereinsarbeit durch Steuererleichterungen
- Sport an Hochschulen / Hochschulgesetze der Länder
- Ausbildung von Sportlehrern
- Probleme des Wassersports und des Tauchsports

Konferenzen

- Gespräch des Parteivorsitzenden mit dem Arbeitskreis Leistungssport und prominenten Spitzensportlern
- Internationale Sportpolitische Konferenz in Cadenabbia

Arbeitsgruppen

- Hochschulsport  
Vors.: Monika Stütze  
Anzahl der Sitzungen: 3
- Schulsport  
Vors.: Min. Rat Paul Kiefer  
Anzahl der Sitzungen: 2
- Leistungssport  
Vors.: Michael Sauer  
Anzahl der Sitzungen: 4

## 6. Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

Vors.: Elmar Pieroth MdB  
Anzahl der Sitzungen: 15

folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Mitarbeit am Grundsatzprogramm
- Dokumentation zu den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des Hamburger SPD-Parteitages
- Mitarbeit am Programm "Zukunftschancen der Jugend"
- Mitarbeit zu Fragen der Gastarbeiterpolitik
- Programm für Südeuropa (2. EG-Erweiterung)

folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Analyse des "Alternativgutachtens der 130"
- Vorbereitende Arbeiten für ein wachstumsorientiertes wirtschaftspolitisches Programm
- Wettbewerbspolitische Fragen im Zusammenhang mit der 4. Kartellgesetznovelle

#### Unterausschuß "Transferkommission"

Vors.: Dr. Georg Milbradt

Anzahl der Sitzungen: 5

#### 7. Bundesfachausschuß Strukturpolitik

Vors.: Dr. Dieter Schulte MdB

Anzahl der Sitzungen: 8

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Verabschiedung des Papiers "Forderungen der CDU zum Fernstraßenbau"
- Verabschiedung des Papiers "Aktion eigene Wohnung" als Daueraufgabe der Förderung von Wohnungseigentum
- Verabschiedung der "Thesen zur Neuorientierung der Wohnungsbaupolitik"
- Verabschiedung der strukturpolitischen Thesen

- Fortschreibung und Aktualisierung des Bundesbahnpapiers
- Stellungnahme zur Kraftfahrzeugsteuerreform
- Stellungnahme zur Verkehrsberuhigung in Städten
- Stellungnahme zur Liberalisierung im Wohnungsbau

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Lockerung des Bauens im Außenbereich (Änderung des § 35 des Bundesbaugesetz)
- Schülerbeförderung

#### Ad-Hoc-Kommission "Regionalpolitik"

Vors.: Min. Dr. Jürgen Westphal

Anzahl der Sitzungen: 1

#### 8. Bundesfachausschuß Energie und Umwelt

Vors.: Dr. Heinz Riesenhuber MdB

Anzahl der Sitzungen: 6

Folgender Beschluß wurde gefaßt:

- Energiepolitisches Programm

Folgendes Thema wurde außerdem behandelt:

- Umweltpolitisches Programm

Am 10./11. Oktober 1977 wurde der Kongreß "Energie und Umwelt" durchgeführt.

#### 9. Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vors.: Dr. Burkhard Ritz MdB

Anzahl der Sitzungen: 3

Folgende Themen wurden behandelt:

- Erweiterung der EG durch Griechenland, Portugal und Spanien
- Stellungnahme zur Besteuerung der Landwirtschaft
- Vorbereitung von Landtagswahlkämpfen im ländlichen Raum

Ad-Hoc-Kommissionen:

Vors.: Staatssekretär Hanns-Günter Hebbeln

- EG-Erweiterung  
Anzahl der Sitzungen: 2
- Steuern  
Anzahl der Sitzungen: 5
- Sondernummer "Der Agrarbrief" zu Landtagswahlen  
Anzahl der Sitzungen: 1

10. Bundesfachausschuß Sozialpolitik

Vors.: Adolf Müller-Remscheid MdB

Anzahl der Sitzungen: 13

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Stellungnahme zum 21. Rentenanpassungsgesetz
- Stellungnahme zum Grundsatzprogrammentwurf
- Empfehlung zur Weiterentwicklung der Familienförderung
- Stellungnahmen zu den sozialpolitisch bedeutsamen Teilen des Konjunkturprogrammes der Bundesregierung
- Empfehlung zu einer noch stärkeren Einbeziehung der älteren Generation in die Politik der CDU
- Empfehlung zur Einführung eines Familiengeldes

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Ausländerpolitik
- 20. Rentenanpassungsgesetz
- 21. Rentenanpassungsgesetz
- Sanierung der Rentenversicherung
- Novelle zum Krankenhausfinanzierungsgesetz
- Probleme der Einheitsversicherung
- Sozialhilfe
- Probleme zukünftiger Sozialpolitik
- Reform der Alters- und Hinterbliebenenversorgung

#### Unterausschüsse

- Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen zukünftiger Sozialpolitik  
Vors.: Werner Steinjan  
Anzahl der Sitzungen: 3
- Familienpolitik  
Vors.: Roswitha Verhülsdonk MdB  
Anzahl der Sitzungen: 5
- Rentenversicherungsreform  
Vors.: Paul Seiler  
Anzahl der Sitzungen: 4

#### Ad-Hoc-Arbeitsgruppen

- Grundsatzprogramm  
Vors.: Albrecht Hasinger MdB  
Anzahl der Sitzungen: 4
- Sozialhilfe  
Vors.: Sts. Kurt HärzscheI  
Anzahl der Sitzungen: 3

## 11. Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik

Vors.: Sts. Prof. Dr. Fritz Beske

Anzahl der Sitzungen: 7

Folgender Beschluß wurde gefaßt:

- Gesundheitspolitisches Programm der CDU

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Hearing zum Krankenpflege- und Hebammengesetz
- Novelle zum Krankenhausfinanzierungsgesetz
- Hearing zum Psychotherapeutengesetz

## 12. Bundesfachausschuß Außenpolitik

Vors.: Dr. Werner Marx MdB

Anzahl der Sitzungen: 10

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Stellungnahme zum Teil V des Grundsatzprogrammentwurfs
- Stellungnahme zur Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- KSZE-Nachfolgetreffen in Belgrad
- Einschätzung der amerikanischen Außenpolitik unter der Carter-Administration
- DDR-Auslandsarbeit
- Umsetzung der Ausschubarbeit in die Partei hinein
- Politik des Vatikans gegenüber der DDR und Osteuropa
- Innenpolitische Situation in China "nach dem Sturz der Kultur-revolutionären Linken" und außenpolitische Lage Chinas
- 1. Kongreß der EVP am 6./7. März 1978 in Brüssel

- Lage im südlichen Afrika
- Deutsche Kulturpolitik im Ausland
- Gründung der Europäischen Demokratischen Union (EDU)
- Carter-Entscheidung zur Neutronenwaffe
- Fall Nico Hübner
- Lage in der sowjetischen Wirtschaft und die daraus resultierenden Folgen für die Wirtschaftspolitik der UdSSR gegenüber dem Westen
- Vorbereitung der Direktwahl des Europäischen Parlaments (Besuch der EG-Kommission)
- Lage in Belgien vor den Neuwahlen am 17.12.1978 (Gespräch mit dem damaligen Ministerpräsidenten, Leo Tindemans, Präsident der EVP)
- Lage im Iran und der nahöstlichen Region
- Internationale Zusammenarbeit der Christlichen Demokraten
- Innerdeutsche Verkehrsvereinbarungen und Protokoll zur Grenzmarkierung
- Die innere Entwicklung in der DDR
- sowjetische Wirtschaftspolitik
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
- Das chinesisch-amerikanische Verhältnis
- Lage im Libanon

#### Arbeitsgruppe "EG-Erweiterung"

Vors.: Dr. Klepsch

Anzahl der Sitzungen: 4

#### 13. Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

Vors.: Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer MdB

Anzahl der Sitzungen: 10

Folgende Themen wurden behandelt:

- Nord-Süd-Strategie
- Revision bzw. Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Konzeption der CDU

- Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit
- Südliches Afrika
- Grundsatzprogramm - entwicklungspolitischer Teil
- Analyse der FDP-Thesen zur Entwicklungspolitik
- Entwicklungspolitischer Konzeptionsentwurf der CD-Weltunion
- Befreiungsbewegungen
- Vorbereitung der Entwicklungspolitischen Fachtagung des BFA  
Entwicklungspolitik und der Politischen Akademie Eichholz der  
Konrad-Adenauer-Stiftung
- UNCTAD V
- Einordnung der Entwicklungspolitik in das gesamte Spektrum des  
Nord-Süd-Verhältnisses
- Neue Tendenzen in der entwicklungspolitischen Diskussion
- Entwicklungspolitische Gespräche zwischen der CDU und den Kirchen
- Entwicklungspolitischer Kongreß der Kirchen (24.-27.1.1979)
- Multilaterale Institutionen im Bereich der Entwicklungshilfe
- entwicklungspolitische Arbeit von SPD und FDP

#### Arbeitsgruppe "Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit"

Vors.: Dr. Hoffacker und Zimmer

Anzahl der Sitzungen: 4

#### 14. Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik

Vors.: Dr. Manfred Wörner MdB

Anzahl der Sitzungen: 10

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Stellungnahme zum Grundsatzprogrammentwurf
- Vorschläge zur Heeresstruktur

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Neutronenwaffe
- Gültigkeit der flexible response
- Vorne-Verteidigung
- Ausbau der Territorialverteidigung
- Gesamtkonzept der Verteidigung mit Schwerpunkt zivilmilitärische Zusammenarbeit
- Personalstruktur unter Berücksichtigung des Personalstaus
- Wehrstruktur (Heeresmodell 1)
- Wehrdienstnovelle
- Lage der Bundeswehr-Hochschulen
- Zivildienst im Rahmen der Gesamtverteidigung
- Spionagefall Lutze/Wiegel
- Bundeswehr in den Schulbüchern
- Wehrdienstverweigerung, Anerkennungsverfahren, Wehrrersatz
- Verteidigungspolitische Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der CDU
- Abrüstung und europäische Sicherheit
- neues Kriegsvölkerrecht und NATO-Strategie

Am 13./14. Januar 1978 veranstaltete der Bundesfachausschuß in Kiel ein sicherheitspolitisches Forum.

Eine gemeinsame Sitzung mit dem Landesfachausschuß Verteidigungspolitik der rheinland-pfälzischen CDU wurde am 22. April 1978 in Mainz durchgeführt.

Ein Symposium zu Fragen der Wehrstruktur fand am 30.9.1978 statt.

#### Arbeitsgruppen

- Territorialverteidigung und Reservisten  
Vors.: General Jacoby  
Anzahl der Sitzungen: 4

- Gesamtverteidigung  
Vors.: Dr. Kolb  
Anzahl der Sitzungen: 2
  
- Personalstruktur  
Vors.: Seuberlich  
Anzahl der Sitzungen: 3
  
- Wehrstruktur  
Vors.: Ernesti  
Anzahl der Sitzungen: 2
  
- Bundeswehr in der Schule  
Vors.: Prof. Sattler, Prof. Schwarz  
Anzahl der Sitzungen: 1
  
- soziale Lage der Bundeswehrangehörigen  
Vors.: Frau Tübler  
Anzahl der Sitzungen: 1

## Medienpolitische Konzeptionen und Veranstaltungen

### Konzeptionen

Im Berichtszeitraum hat die Bundesgeschäftsstelle in enger Zusammenarbeit mit den einzelnen Arbeitsgruppen des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU u.a. folgende Papiere erarbeitet:

- Tips zum "Kritischen Fernsehen", Bonn 1977, mit dem Ziel der kritischen Beobachtung und Analyse des Fernsehprogramms.
- "Gebührenerhöhung und Film-Zusammenhänge und Perspektiven", Papier zur Filmförderung, verabschiedet im September 1977.
- "Pressekonzentration", Papier des Arbeitskreises Presse des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU vom August 1977, der Öffentlichkeit vorgestellt auf einer Pressekonferenz im November 1977.
- "Medienpolitische Forderungen der Union für die Pilotprojekte - Kabelfernsehen -" vom Januar 1978, verabschiedet vom Koordinierungsausschuß ebenfalls im Januar 1978, der Öffentlichkeit vorgestellt auf einer Pressekonferenz im Februar 1978.
- "Ausbildung und Weiterbildung von Journalisten", Papier des Arbeitskreises Nachwuchsförderung des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU, Juni 1978.
- "Vorschläge zur Verstärkung der Medienarbeit auf Landesebene", Juni 1978
- Stellungnahme zur geplanten Novellierung des Radio-Bremen-Gesetzes durch die SPD, Juli 1978

### Tagungen und Veranstaltungen

- |                        |   |
|------------------------|---|
| 29. August 1977        | CDU-Prominententreff anlässlich der Internationalen Berliner Funkausstellung  |
| 17. - 19. Oktober 1977 | Studientagung für Hörfunk- und Fernsehjournalisten in der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Thema: Die politischen Wirkungen des Fernsehens |

9. u. 10. Dezember 1977 Klausurtagung mit Sachverständigen von Hörfunk und Fernsehen in Frankfurt/M  
Thema; Aspekte und Ziele der elektronischen Kommunikation
14. Januar 1978 Film-Gespräch 1978 der CDU/CSU in München
25. - 28. August 1978 Studientagung für Nachwuchsjournalisten in der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Thema: Ziele und Methoden der Unterhaltung in Hörfunk und Fernsehen
6. - 9. November 1978 Studientagung für Hörfunk- und Fernsehjournalisten in der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Thema: Medienpolitische Leitlinien der CDU/CSU
7. u. 8. November 1978 Medientag der CDU/CSU in Bonn  
Leitthema: Freiheitliche Medienpolitik  
◦ Der öffentlich-rechtliche Rundfunk - Ein System in der Diskussion  
◦ Die neuen Medien - Herausforderung und Ziele !
13. Januar 1979 Film-Gespräch 1979 der CDU/CSU in München

Werbemittel, die im Berichtszeitraum von der Bundesgeschäftsstelle angeboten wurden

	<u>Gesamtauflage</u>
<u>A. Prospekte und Illustrierte</u>	
Illustrierte "Unsere Verantwortung für Deutschland"	500.000
Faltblatt "Frauen für Europa"	500.000
Illustrierte "CDU - die große deutsche Volkspartei"	400.000
Fußball-WM-Kalender	1.865.000
Faltblatt "Tips für den Urlaub"	700.000
Aktionszeitung "Extra aktuell"	1.300.000
"Die große Reisekarte"	2.000.000
Faltblatt "Wirtschafts- und Sozialpolitik"	3.600.000
Faltblatt "Bildung und Zukunft"	3.300.000
Faltblatt "Staat und Gemeinschaft"	3.400.000
Faltblatt "Deutschland, Europa ..."	3.700.000
Mitgliederwerbeprospekt	1.000.000
Illustrierte der Europäischen Volkspartei (EVP)	750.000
Faltblatt "Grundsatzprogramm"	100.000
Faltblatt "Europäisches Manifest"	500.000
<u>B. Flugblätter</u>	
1.000.000 Arbeitslose	500.000
Die Krisen der Regierung Schmidt	500.000
Gegen Terrorismus hilft kein Reden	400.000
Dauerkrise in Bonn	400.000
Damit endlich der Aufschwung kommt	400.000
Das Rentenprogramm '77	500.000

Gesamtauflage

C. Broschüren-Serie "Zum Thema"

Familienpolitik	52.000
Mannheimer Erklärung	50.000
Politik für unsere jungen Mitbürger	32.000
Offensive für die Frau	53.000
CDU-Programm für ältere Menschen	47.000
Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit - Unterschiede im Grundwerteverständnis der CDU und SPD	23.000
Keine Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst	10.000
Thesen der CDU für die innere Sicherheit	20.000
Die verschleppte Gesetzgebung gegen den Terrorismus	11.000
Die Mißwirtschaft der SPD/FDP	11.000
Sportprogramm der CDU	30.000
Soziale Dienste	28.000
Innere Sicherheit	6.000
Freiheitliche Medienpolitik	15.000
Jugendpolitische Leitsätze der CDU	48.000
Leitsätze der CDU zur Gesundheitspolitik	33.000
Verteidigung als Teil der Deutschen Sicherheitspolitik	15.000
Die Neue Soziale Frage	55.000
Entwicklungspolitische Konzeption der CDU	26.000
Der Weg in eine gesicherte Zukunft (Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend)	20.000
Energiepolitisches Programm der CDU	20.000
Die Alternativen der CDU	10.000
Renten	21.000
SPD auf Kriegsfuß mit der Sozialen Marktwirtschaft	18.000
Lohnnivellierung	5.000
CDU-Kommunalpolitik	40.000
Bürgerinitiativen als Problem von Staat und Gesellschaft	20.000
Die Mißwirtschaft der SPD/FDP	10.000
Kulturpolitisches Programm	45.000
Freizeit in einer freien Gesellschaft	18.000

	<u>Gesamtauflage</u>
Hauptprobleme der Verwaltungsreform	10.000
Versprochen - nicht gehalten	70.000
Freiheit statt Sozialismus	200.000
SPD - auf dem Marsch in den Sozialismus	60.000
Agrarpolitisches Programm	30.000
Inflation gefährdet Wirtschaft und Gesellschaft	17.000
Verbraucherpolitische Grundsätze der CDU	30.000
Investitionskrise der Deutschen Wirtschaft	15.000
Ausländerpolitik der CDU	16.000
Argumente zur Wohnungspolitik	13.000
Der moderne öffentliche Dienst	20.000
Gesundheitspolitisches Programm	20.000
Verfassungsfeinde	10.000

#### D. Reden

Helmut Kohl "CDU und Gewerkschaften"	25.000
Helmut Kohl "Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit"	50.000
Kurt. H. Biedenkopf "Kann die Entspannung zur Sicherheit beitragen"	20.000
Helmut Kohl "Neue Offensive für die deutsche Politik"	23.000
Kurt H. Biedenkopf "Die CDU - ihre Arbeit, ihre Erfolge, ihre Aufgaben"	20.000
Heiner Geißler "Neue Herausforderungen an die CDU"	31.000
Heiner Geißler "Das Grundsatzprogramm - Instrument einer gestaltenden Politik" (Materialien zur Grundsatzdiskussion)	20.000
Richard von Weizsäcker "Selbstverantwortung und Mitverantwortung" (Materialien zur Grundsatzdiskussion)	17.000

	<u>Gesamtauflage</u>
Helmut Kohl "Perspektiven freiheitlicher Politik" (Materialien zur Grundsatzdiskussion)	20.000
Alfred Dregger "Politik für Deutschland"	15.000
Ernst Albrecht "Die Zukunft unseres Landes sichern"	15.000
Heinrich Köppler "Es geht um unsere Zukunft"	10.000
Erik Blumenfeld "Hamburgs Zukunft sichern"	15.000
Jürgen Echternach "Wieder in Sicherheit leben"	15.000
Helmut Kohl "Freiheit, Einheit, Menschenrechte"	20.000
Helmut Kohl "Positionen heute"	25.000
Kai Uwe von Hassel "Europa vor den ersten Direktwahlen"	20.000
Helmut Kohl "Politik für eine lebenswerte Zukunft"	15.000
Heiner Geißler "Wir können aus eigener Kraft gewinnen"	15.000
Heiner Geißler "Der Auftrag der Gewerkschaften in der Demokratie"	5.000
Bernhard Vogel "Rheinland-Pfalz hat Zukunft"	10.000

#### E. Broschüren zur Parteiarbeit

Regiebuch 1 - Mitgliederwerbung	30.000
Regiebuch 2 - Neubürgerbetreuung	18.000
Regiebuch 3 - Mitgliederinitiativen	16.000
Regiebuch 4 - Wahlkampf	30.000
Regiebuch 5 - Kommunalwahlkampf	30.000
Regiebuch 6 - Pressearbeit	40.000
Regiebuch 7 - Vorpolitischer Raum	20.000

	<u>Gesamtauflage</u>
Regiebuch 8 - Großstadtarbeit	20.000
Regiebuch 9 - Öffentliche Veranstaltung	20.000
Regiebuch 10 - CDU-Zeitung	21.000
Regiebuch 11 - Kritisches Fernsehen	20.000
Regiebuch 12 - CDU-Ideenbuch	20.000
Berliner Programm	160.000
CDU-Statut	40.000
Die Programme der CDU - Dokumentation -	10.000
Entwurf für ein Grundsatzprogramm der CDU	42.000
Grundsatzprogramm der CDU	100.000
Unsere Verantwortung für Deutschland (Dokumentation des Deutschlandtages auf dem 25. Bundesparteitag in Düsseldorf)	10.000
Wir wollen Europa (Materialien zur europäischen Direktwahl)	50.000
Wir wollen Europa (englische und französische Auflagen 2 x 3.000)	6.000
Politisches Programm der EVP	100.000
Aktionshandbuch zum Europawahlkampf	35.000
Freiheitliche Medienpolitik (Medientag der CDU/CSU)	10.000
Begegnung mit der Kunst	10.000
Handbuch für die innenpolitische Argumentation	10.000
Redner-Handbuch für den Europawahlkampf	20.000
Gedenkfeier zum 30. Jahrestag des Ahlener Programms	3.500

#### F. Wandzeitungen

Ludwig-Erhard - Zum 80. Geburtstag	10.000
Unsere Verantwortung für Deutschland	10.000
Wir sagen "Ja" zu unserem deutschen Vaterland	10.000
Die Schmidt-Regierung: Ein Trauerspiel	20.000
So kann es nicht weitergehen (Gewalt, Terror, Mord)	10.000
An alle, die für die CDU sind	13.000

	<u>Gesamtauflage</u>
So schaffen wir die Arbeitslosigkeit ab	10.000
Wir wollen Europa	13.000
Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit - CDU-Grundsatzforum Berlin	10.000
Energiepolitik	10.000
Jetzt gilt es, für unseren Staat Partei zu ergreifen	10.000
Auf die Frauen kommt es an	10.000
Politik für den Bürger	10.000
Sicherheit für unsere Freiheit	10.000
Für sichere Renten	10.000
Union im Aufwind	8.800
Europa auf dem richtigen Kurs	8.800
30 Jahre Deutsche Mark (Made in Germany)	8.800
Sommer, Sonne, Ferien - Spaß für alle ?	8.800
Die Liebe zu unserem Land verlangt das Bekenntnis zur Freiheit	8.800
Die Bundesregierung ist dabei, durch ihre Untätigkeit die Zukunft zu verspielen	8.800
Politik für die Freiheit - Glück für die Menschen	10.000
Unser Grundsatzprogramm	8.800
Ein frohes Weihnachtsfest und ein gesegnetes 1979	8.800
Haben Kinder keine Lobby ?	8.800
Unsere Demokratie muß sich gegen ihre Feinde zur Wehr setzen	8.800

G. Redner-Ankündigungsplakate

standen in den Formaten DIN A 0 und DIN A 1 zur Verfügung

Helmut Kohl	Hans Katzer
Karl Carstens	Alfred Dregger
Kurt H. Biedenkopf	Helga Wex
Gerhard Stoltenberg	Kurt Georg Kiesinger
Walther Leisler Kiep	Rainer Barzel
Hans Filbinger	Kai Uwe von Hassel

Manfred Wörner  
 Heinrich Köppler  
 Hanna-Renate Laurien

Franz Josef Strauß  
 Heiner Geißler

Gesamtauflage

H. Poster und Plakate

Motiv "Konrad Adenauer 100 Jahre"	60.000
Motiv "Dresdner Zwinger"	20.000
Motiv "Stubbenkammer auf Rügen"	20.000
Motiv "Potsdam"	20.000
Motiv "Hamburg"	50.000
Motiv "Köln"	50.000
Motiv "Berlin"	50.000
Motiv "Wasserburg/Bodensee"	50.000
Titel "Komm aus Deiner linken Ecke"	300.000
Titel "Den Linken jetzt die rote Karte"	500.000
Titel "Die Luft ist raus"	300.000
Titel "Roter Filz hat ausgelatscht"	30.000
Titel "Freiheit statt Sozialismus"	160.000
Titel "17. Juni 1953"	17.000
Titel "Politik für die Freiheit - Glück für die Menschen"	125.000

I. Argumentationskarten

Familienpolitik	50.000
Neue Soziale Frage	50.000
Europapolitik	50.000
Bundesrat	50.000
Verteidigungspolitik	50.000
Partnerrente	50.000
Arbeitslosigkeit	50.000
Energiepolitik	50.000
Soziale Marktwirtschaft	50.000

	<u>Gesamtauflage</u>
Jugendarbeitslosigkeit	50,000
Agrarpolitik	50.000
Politik für die Frau	50,000
Verfassungsfeinde	20.000
Menschenrechte	100.000
Entwicklungspolitik	100,000
Rechtspolitik	100.000
Verbraucherpolitik	, 80.000
Verbrechensbekämpfung	80.000

#### J. Kleinwerbemittel

Das folgende Kleinwerbemittelangebot wurde im Berichtszeitraum ständig in ausreichender Menge zur Verfügung gehalten.

Papierfähnchen

Luftballons

Kugelschreiber

Aufkleber als Postkarte "Erkennungszeichen"

Aufkleber "CDU - sicher, sozial und frei"

Aufkleber "Genossen"

Aufkleber "Menschenrechte"

Aufkleber "CDU für Europa"

Aufkleber "CDU für Europa" (mit Schmetterling)

Aufkleber "Frauen für Europa - CDU"

Ansteckbutton "CDU-Zeichen"

Kunststoff-Tragetaschen

T-shirts (in drei verschiedenen Größen)

CDU-Jacken (in drei verschiedenen Größen)

CDU-Tuch

Skatspiel

Schlüsselanhänger

Gummiball

Notizblock mit CDU-Aufdruck  
Parkscheibe mit CDU-Aufdruck  
Eiskratzer mit CDU-Aufdruck  
CDU-Krawatte

K. Materialien zum Eindrucken

Rahmenplakate, Format DIN A 0, DIN A 1, DIN A 2  
Rahmenwandzeitung, Format DIN A 2  
Rahmenflugblatt, Format DIN A 4, DIN A 5  
Visitenkarten

L. Sonstiges

Canvassing-Stand  
Sonnenschirm  
Hinweisschild  
Aufkleber für Canvassing-Stand  
Anstecknadel (blau)  
Anstecknadel (mit Silberkranz)  
Anstecknadel "Erkennungszeichen"  
Ordnerarmbinde  
Informationsmappe  
Ehrenurkunde

## Taschenbücher

Die Referate und Ergebnisse der CDU-Fachkongresse wurden in folgenden Taschenbüchern veröffentlicht, die über den Buchhandel zu beziehen sind:

- Taschenbuch: CDU-Grundsatzdiskussion - Beiträge aus Wissenschaft und Politik

Herausgegeben von Richard von Weizsäcker

Erschienen im Goldmann-Verlag, Auflage 27.900 Exemplare

- Taschenbuch: Der Weg in die Gewalt - Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen

Herausgegeben von Heiner Geißler

Erschienen im Olzog-Verlag, Auflage 33.100 Exemplare

- Taschenbuch: Sicherheit für unsere Freiheit - Zur verteidigungspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben von Heiner Geißler

Erschienen im Verlag Bonn aktuell, Auflage 5.000 Exemplare

- Taschenbuch: Verwaltete Bürger - Gesellschaft in Fesseln

Bürokratisierung und ihre Folgen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft

Herausgegeben von Heiner Geißler

Erschienen im Ullstein-Verlag, Auflage 6.000 Exemplare

- Taschenbuch: Recht sichert die Freiheit - Perspektiven der Rechtspolitik in der Bundesrepublik

Herausgegeben von Heiner Geißler

Erschienen im Eichholz-Verlag, Auflage 2.000 Exemplare

- Taschenbuch: Grundwerte in der Politik - Analysen und Beiträge zum Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Herausgegeben von Heiner Geißler

Erschienen im Ullstein-Verlag, Auflage 10.000 Exemplare

Auflagenhöhe und Titel der CDU - Telegramme im Jahre 1978

---

Nr.	Auflagenhöhe	Titel
1/78	96,700	Die Schuldenbombe tickt - Die Zeit drängt
2/78	162,000	Renten sind keine Almosen
3/78	101,200	Minister wechseln - Probleme bleiben
4/78	37,800	Rechtsstaat gegen den Terrorismus
5/78	144,720	Wählt gute Betriebsräte und Jugendvertreter!
6/78	433,750	Ehrenberg will die Rentner für dumm verkaufen.
7/78	94,500	Achtung: Bauernfänger am Werk!
8/78	./.	---
9/78	33,250	Menschenrechte für alle Deutschen
10/78	104,630	SPD-Propagandaflut ersetzt keine Argumente
11/78	196,930	17. Juni - Volksaufstand für die Freiheit.
12/78	123,300	Ohne Steuerentlastung keine Wachstumschancen.
13/78	91,025	Auch die FDP läßt Steuerzahler bluten!
14/78	12,730	Sicher reisen mit der CDU. 10 Gebote für Touristen.
15/78	70,410	Für eine aktive Deutschlandpolitik
16/78	23,710	In Bonn läuft nichts mehr!
17/78	105,650	Wir haben was für Kinder übrig.
18/78	18,810	Dank SPD/FDP weniger Kindergeld als 1970
19/78	18,480	Unser Grundsatzprogramm: Ausdruck unseres geistigen und politischen Führungsanspruchs
20/78	33,650	Unsere Standfestigkeit zahlt sich jetzt aus: Es gibt mehr Geld!

## Wahlreisen und Veranstaltungen des Bundesvorsitzenden Dr. Kohl

Im Berichtszeitraum vom 25. - 27. Bundesparteitag wurden für den Bundesvorsitzenden Dr. Kohl 118 Veranstaltungen vorbereitet und mit ca. 260.000 Teilnehmern durchgeführt.

Davon fielen in die Landtagswahlkämpfe Niedersachsen, Hamburg (Bürgerschaftswahl), Hessen, Bayern und die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein und Bayern 74 Veranstaltungen, in denen der Bundesvorsitzende etwa 200.000 Kundgebungsteilnehmer erreichte.

Darüber hinaus fanden 4 Redaktionsbesuche, 5 Pressefahrten und mehrere Pressekonferenzen statt.

In den anderen Bundesländern sprach der Vorsitzende auf 44 Veranstaltungen mit ca. 60.000 Kundgebungsteilnehmern.

In den Landtagswahlkämpfen 1979, Rheinland-Pfalz und Berlin (Abgeordnetenhaus) fanden 21 Kundgebungen statt.

Für die Wahlen in Schleswig-Holstein am 29. April 1979 sowie zum Europaparlament am 10.06.1979 hat der Bundesvorsitzende mehr als 50 Termine festgelegt.

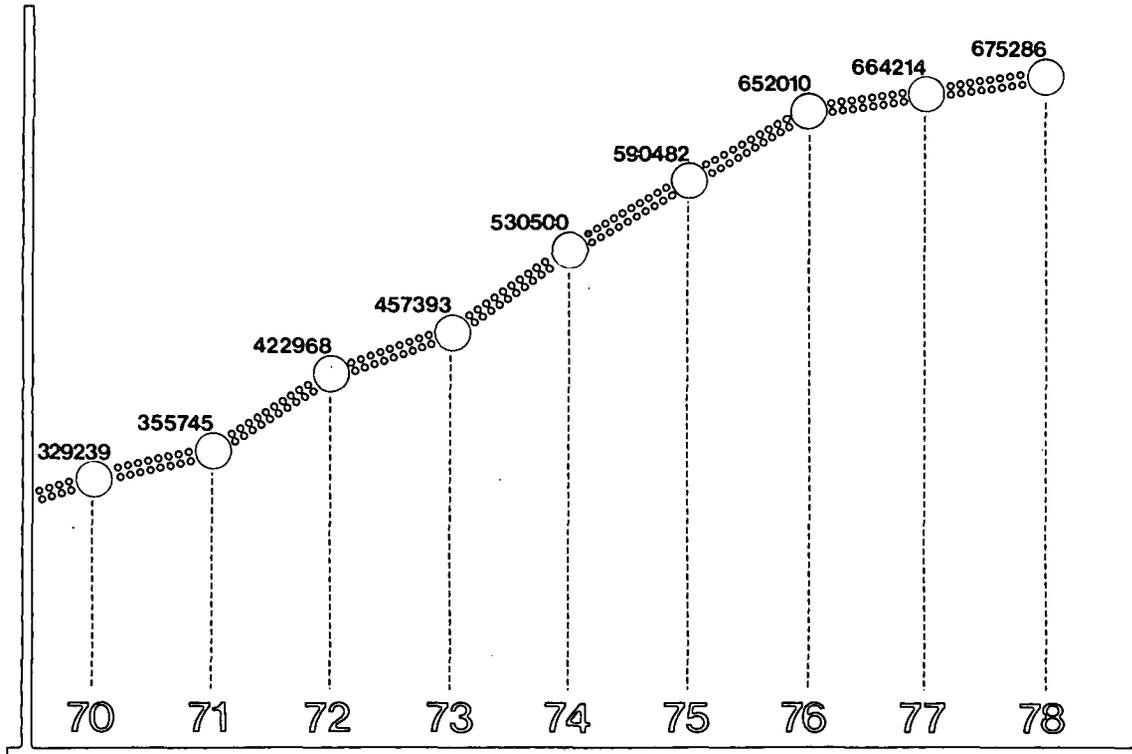
Mitgliederbewegung 01.01.1977 - 31.12.1978

---

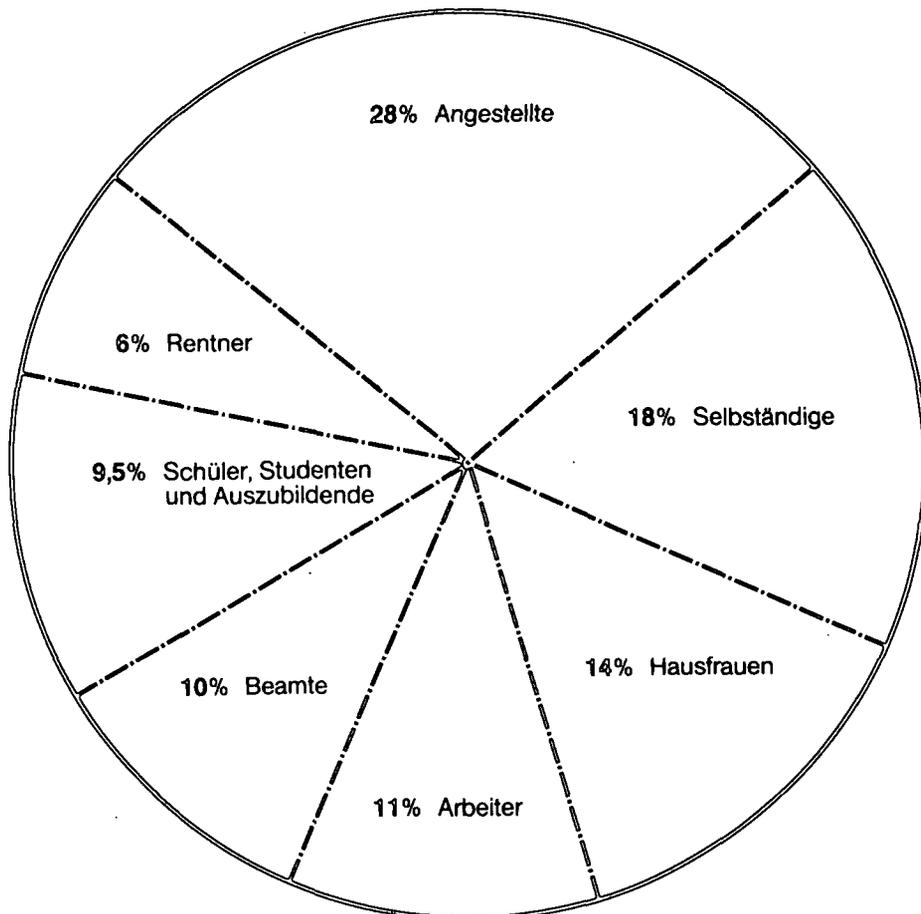
Datum	Mitgliederstand	Zuwachs pro Monat	Quartal
31.12.76	652.010		
31.01.77	652.754	744	
28.02.77	653.663	909	
31.03.77	655.232	1.569	+ 3.222
30.04.77	656.259	1.027	
31.05.77	657.604	1.345	
30.06.77	658.885	1.281	+ 3.653
31.07.77	659.722	837	
31.08.77	659.693	- 29	
30.09.77	660.320	627	+ 1.435
31.10.77	661.544	1.224	
30.11.77	662.985	1.441	
31.12.77	664.214	1.229	+ 3.894
31.01.78	664.833	619	
28.02.78	666.038	1.205	
31.03.78	667.538	1.500	+ 3.324
30.04.78	668.626	1.088	
31.05.78	670.344	1.718	
30.06.78	671.549	1.205	+ 4.011
31.07.78	672.281	732	
31.08.78	671.980	- 301	
30.09.78	672.301	3.267	+ 752
31.10.78	673.468	1.167	
30.11.78	674.655	1.187	
31.12.78	675.286	631	+ 2.985
Zusammen in 24 Monaten:		23.276	+ 23.276

=====

# Mitgliederstand seit 1970



# Berufszugehörigkeit der Neumitglieder



## Mitgliederstand

vom 31. Dezember 1978 in aufsteigenden Zahlen

### Landesverbände

Bremen	3.450
Braunschweig	10.448
Hamburg	13.048
Oldenburg	13.999
Berlin	14.700
Saar	30.714
Schleswig-Holstein	37.437
Hessen	67.497
Hannover	71.703
Rheinland-Pfalz	74.605
Baden-Württemberg	81.109
Niedersachsen	96.150
Westfalen-Lippe	125.614
Rheinland	130.962

---

13 Landesverbände mit 675.286 Mitgliedern

Zahl der Kreisverbände  
am 31.12.1978 253

Durchschnittlicher Mitglieder-  
stand pro Kreisverband 2.669

=====

Aufstellung der 10 größten Kreisverbände, Stand 31.12.1978

KV. Hochsauerland (1303)	10.127
KV. Rhein-Sieg-Kreis (1239)	9.880
KV. Köln (1222)	9.757
KV. Recklinghausen (1342)	9.537
KV. Bonn (1205)	7.612
KV. Neuss (1218)	7.396
KV. Borken (1309)	7.235
KV. Steinfurt (1346)	7.188
KV. Essen (1214)	6.792
KV. Erftkreis (1204)	6.750

Aufstellung der 10 kleinsten Kreisverbände, Stand 31.12.1978

KV. Emden (1012)	350
KV. Flensburg (1604)	478
KV. Hamburg-Bergedorf (0702)	512
KV. Delmenhorst (1103)	537
KV. Speyer (1440)	558
KV. Bremerhaven (0603)	588
KV. Bremen-Nord (0604)	588
KV. Frankenthal (1411)	593
KV. Hohenlohekreis (0309)	600
KV. Zweibrücken (1450)	605





